

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Mehr Sicherheit in Ozeanien

Im Rahmen des vierten Forums der *Joint Heads of Pacific Security* (4th Joint Heads of Pacific Security (JHoPS)) in Fidschi forderte David Towe, der *Chief Commissioner* der papua-neuguineischen Zollbehörde, die Vertreter*innen der Pazifikstaaten auf, zukünftig enger zusammenzuarbeiten, um Sicherheitsprobleme gemeinsam lösen zu können. Seiner Meinung nach müssen die bereits bestehenden regionalen Organisationen und Institutionen genutzt werden, um die Sicherheitskapazitäten in der Pazifikregion zu unterstützen.

Um die regionale maritime Sicherheit zu verbessern und die Sicherheitsprobleme der pazifischen Inselstaaten, die durch den Klimawandel, die illegale Fischerei, den illegalen Drogenkonsum und andere Bedrohungen entstehen, zu verringern, beschlossen die Delegierten auf der Konferenz, ein Netzwerk für den regionalen Informationsaustausch aufzubauen.

Mehr als 70 Delegierte, darunter Vertreter*innen regionaler Organisationen und Beobachter*innen aus Australien, Japan und den Vereinigten Staaten von Amerika, hatten an dem Treffen vom 7. bis 10. November 2022 auf Denarau Island (Nadi, Fidschi) teilgenommen. Die Teilnehmenden sprachen darüber, wie sich der Klimawandel auf die Sicherheit in Ozeanien auswirkt und untersuchten, wie Sicherheitskapazitäten im gesamten Pazifikraum aufgebaut werden können, um schnell und effizient auf gefährliche Ereignisse reagieren zu können.

Info: Das *JHoPS-Forum* wurde 2019 ins Leben gerufen und findet jährlich statt. Es bringt die Leiter*innen der Sicherheitsbehörden (Militär, Polizei, Zoll und Einwanderungsbehörde) aus Ländern und Gebieten im Pazifik, einschließlich Timor-Leste, zusammen. Das erste Forum war 2019 in Brisbane (Australien). Die fünfte pazifische Si-

cherheitskonferenz findet im kommenden Jahr in Palau statt. Im Jahr 2024 wird Papua-Neuguinea Gastgeber sein. (*The National* 16.11.22, <https://customs.gov.pg/press-release-jhops-forum-fiji-2022.html>)

Mehr Ölpalmen in Papua-Neuguinea

Der Premierminister von Papua-Neuguinea (PNG), James Marape, hat seine Unterstützung für die Entwicklung der Ölpalmenindustrie in PNG in großem Umfang zugesagt. Die Zusage erfolgte nach einem Treffen mit dem Gouverneur der Provinz Ost-Sepik, Allan Bird, am 21. November 2022 in Singapur. Hier hatten sich die beiden PNG-Politiker mit Vertretern der „*Pacific Elite Palm Oil Group*“ getroffen. Dieses Unternehmen betreibt bereits ein Ölpalmenprojekt in der Provinz Ost-Sepik und will seine Mega-Plantagen auch auf andere PNG-Provinzen ausweiten.

Gouverneur Bird erklärte gegenüber Premierminister Marape, dass eine Million Hektar Ölpalmen dem Land zusätzliche 100 Mrd. Kina einbringen würden. „*Wir können unser Bruttoinlandsprodukt (BIP) allein durch Palmöl verdoppeln*“, sagte Bird. „*Wenn wir in die nachgelagerte Verarbeitung einsteigen, könnten sich diese 100 Milliarden Kina verdoppeln, so dass wir zusätzlich zu unserem derzeitigen BIP 200 Milliarden Kina erwirtschaften könnten*“, pries der Gouverneur die Anlage neuer Mega-Plantagen an. Mit neuen Plantagen könne man auch mehr Strom erzeugen, Kohlegutschriften bekommen sowie um die 100.000 neue Arbeitsplätze im Land schaffen, meinte Bird weiter.

„*Wenn wir genug Palmöl produzieren, brauchen wir keinen Treibstoff mehr zu kaufen, da wir ihn selbst herstellen können*“, sagte er. „*Das kann auch die Inflation senken*.“

Premier Marape zeigte sich begeistert von den Plänen und lud die Vertreter der *Pacific Elite Palm Oil Group* zu baldigen Investitionen in Plantagen in anderen PNG-Provinzen ein. (*PNG Business News* 27.11.22)

Earthshot-Preis an australische Initiative

Im Rahmen einer Gala mit etlichen Stars in der US-amerikanischen Stadt Boston hat der britische Thronfolger Prinz William am 2. Dezember die Initiator*innen von innovativen Klimaschutz-Projekten mit dem von ihm ins Leben gerufenen „*Earthshot*“-Preis ausgezeichnet.

Die Preisträger*innen erhalten jeweils eine Million englische Pfund (rund 1,16 Mio. Euro), um ihre Arbeit weiter voranzutreiben. Siegreich waren insgesamt fünf Projekte aus Großbritannien, Indien, Kenia, dem Oman und Australien. Ausgezeichnet wurde unter anderem ein Unternehmen, das kompostierbares Plastik aus Seetang herstellt, sowie ein Projekt, bei dem Kohlenstoffdioxid dauerhaft in fester Form gebunden wird.

Die australischen Preisträgerinnen sind die „*Indigenous Women of the Great Barrier Reef*“. Angesichts der Erwärmung des Planeten ist das Great Barrier Reef im Korallenmeer vor der Küste von Queensland ständig bedroht. An Land werden Flora und Fauna durch immer häufiger auftretende Buschbrände verwüstet. Die einheimischen Ranger der Region sind für den Riff-Schutz unerlässlich. Ihre Arbeit verbindet uraltes Wissen, das von Generation zu Generation weitergegeben wird, mit modernsten Hilfsmitteln wie Drohnen, die Korallenveränderungen, Waldbrände und Bodenverschlechterung überwachen. Doch in Queensland sind nur 20 % der indigenen Ranger Frauen. An dieser Stelle kommt das *Queensland Indigenous Women Rangers Network* ins Spiel. In den vergangenen vier Jahren hat das Netzwerk dazu beigetragen, die nächste Generation von Rangerinnen aufzubauen.

Im Rahmen des Programms wurden über 60 Frauen geschult, die durch den Austausch von Wissen und das Erzählen von Geschichten zu neuen Naturschutzansätzen ermutigt wurden. Die Mitglieder des Netzwerks sind inzwischen als Rangerinnen in Queensland oder

in anderen Bundesstaaten im Naturschutz tätig.

Ihre Arbeit ist von entscheidender Bedeutung. Als Hüterinnen des Landes haben die Rangerinnen auch Stätten von großer kultureller und spiritueller Bedeutung geschützt.

Hintergrund: Der Preis, der 2021 zum ersten Mal verliehen worden war, gilt als Herzensprojekt des 40-jährigen britischen Thronfolgers Prince William. Über einen Zeitraum von zehn Jahren will William jährlich fünf Projekte auszeichnen, die sich in den Kategorien Naturschutz, Schutz der Meere, Luftsauberkeit, Müllvermeidung und Klimaschutz hervortun. Er tritt damit in die Fußstapfen seines Vaters König Charles III. Der 74-Jährige wirbt seit Jahrzehnten für Umweltschutz.

Etliche Stars ließen sich für die Gala von William und seiner Frau Kate (40) einspannen. Pop-Ikone Billie Eilish trat auf, genauso wie die Künstlerinnen Ellie Goulding, Annie Lennox und Schauspieler Rami Malek.

Berichten zufolge wollten William und Kate auch die Preisverleihung selbst möglichst wenig klimaschädlich gestalten. Die Zeitung „Daily Mail“ berichtete, die Gäste seien auf recycelte oder Vintage-Outfits zu setzen. Kate erschien in einem grünen Kleid, das sie angeblich für den Anlass gemietet hatte. Vor der Gala hatte sich William in Boston mit US-Präsident Joe Biden getroffen.

(www.earthshotprize.org/winners-finalists/indigenous-women-of-the-great-barrier-reef, Panomara 03.12.22)

Kirchenkonferenz ruft zum Boykott indonesischer Produkte auf

Die Pazifische Kirchenkonferenz (Pacific Conference of Churches, PCC) hat am 1. Dezember 2022 ein Statement veröffentlicht, das solange zum Boykott indonesischer Produkte aufruft, bis das OHCHR (Office of the High Commissioner for Human Rights, Büro des Hohen Kommissars der Ver-

einten Nationen für Menschenrechte) Westpapua besuchen darf. Dieser seit 2019 zugesagte, aber bisher nicht stattgefundene, Besuch soll die Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen wie Folter, außergerichtliche Tötungen und systematische Polizei- und Militärgewalt durch unabhängige UN-Beobachter*innen ermöglichen.

In ihrem dreiseitigen Statement mit dem Titel „Call for boycott of Indonesian products and programmes until UN Human Rights team and international media allowed into Papua and cessation of military brutality on Papuan people“ beklagt die Pazifische Kirchenkonferenz die zunehmende Militarisierung in der Region Westpapua sowie die Verschlechterung der Menschenrechtssituation.

„Der Aufruf zum Boykott kommt als Reaktion auf den fehlenden politischen Willen der indonesischen Regierung, ihrer Verpflichtung gegenüber diesem vor vier Jahren zugesagten Besuch nachzukommen“, sagte der PCC-Generalsekretär, Rev. James Bhagwan.

Bhagwan weiter: *„Unsere pazifischen Kirchenführer sind zutiefst besorgt, dass das Drängen unserer pazifischen Inselstaaten durch das Pacific Islands Forum ignoriert wurde. Wir sind auch besorgt darüber, dass Indonesien „Scheckbuchdiplomatie“ einsetzt, um einige pazifische Staaten in dieser Angelegenheit zum Schweigen zu bringen. Unsere einzige Möglichkeit angesichts dessen ist, unseren eigenen finanziellen Druck auf diese Sache auszuüben. Wir wissen, dass der Pazifik ein Markt für indonesische Produkte ist und wir hoffen, dass diese Mobilisierung von „Verbrauchern“ zeigt, dass die Menschen im Pazifik solidarisch mit unseren Schwestern und Brüdern im Lande Papua sind.“*

Zudem ruft die Pazifische Kirchenkonferenz die Menschen, Organisationen und Regierungen im pazifischen Raum auf, sich nicht an Programmen, Aktivitäten und Projekten der indonesischen Regierung zu beteiligen, bis diese den Besuch des OHCHR in Begleitung

internationaler Medien in die mittlerweile fünf Provinzen Westpapas ermöglicht hat.

Der Einbezug der Vereinten Nationen (UN) in den Friedensdialog zwischen der indonesischen Hauptstadt Jakarta und Westpapua und in die Dokumentation der Menschenrechtssituation in Westpapua wird seit langer Zeit von unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Akteuren gefordert.

Erst Mitte November unterzeichneten die Vereinigte Befreiungsbewegung für Westpapua (United Liberation Movement for West Papua, ULMWP), Indonesiens Nationale Menschenrechtskommission (Komnas HAM) und der Volksrat der Provinz Papua (MRP) eine Vereinbarung zur Umsetzung einer humanitären Pause. Doch nicht alle vertrauen auf den Erfolg dieses Vorgehens.

Der Koordinator des *Papuan Observatory for Human Rights* (POHR), Thomas Syufi, meinte dass ein friedlicher Dialog zur Beendigung des Konflikts in Papua ohne die Beteiligung internationaler Institutionen nicht stattfinden könne. Syufi stellte fest, dass ein friedlicher Dialog nur verwirklicht werden könne, wenn glaubwürdige und unabhängige internationale Menschenrechtsinstitutionen einbezogen werden, um Fälle von schweren Menschenrechtsverletzungen in Papua zu lösen.

„Ich bin pessimistisch, dass die von der Nationalen Menschenrechtskommission (Komnas HAM) unternommenen Schritte zum Jakarta-Papua-Dialog erfolgreich sein werden (...)“, sagte Syufi. Ein Problem läge neben dem Fehlen internationaler neutraler Akteure auch darin, dass die TPNPB (Tentara Pembebasan Nasional Papua Barat, militärischer Arm der Befreiungsbewegung OPM) nicht in die Gespräche eingebunden wurde, so Syufi.

(www.pacificconferenceofchurches.org, Pacific News Service 22.02.22)

Neues Online-Waldportal für Papua-Neuguinea

Offiziellen Aufzeichnungen zufolge wurden seit 1993 mindestens 78 Millionen Kubikmeter unverarbeitetes Holz im Wert von rund acht Milliarden US-Dollar (28 Milliarden Kina) aus den Wäldern Papua-Neuguineas exportiert. Die Vorwürfe des illegalen Holzeinschlags, der Menschenrechtsverletzungen, der Gewalt, des Hausfriedensbruchs, der Umweltzerstörung und des nicht nachhaltigen Holzeinschlags wurden in zahlreichen Gerichtsverfahren, veröffentlichten Berichten (u.a. im „*Barnett-Report*“) und in Fernsehdokumentationen bestätigt. Nach Beobachtungen waren/sind mehr als einhundertfünfzig verschiedene Unternehmen an den Abholzungen der tropischen Regenwälder in PNG beteiligt.

Wer sind die Unternehmen, die an der industriellen Abholung der Wälder in PNG beteiligt waren? Wo haben sie gearbeitet? Wie viel Holz haben sie exportiert? Und auf welcher Rechtsgrundlage? Diese Fragen konnten bisher nicht ausreichend beantwortet werden. Ändern will das ein neues Online-Waldportal. Das Portal *PNGi Forests* kombiniert Daten, die aus verschiedenen Quellen gesammelt wurden und bis ins Jahr 1993 zurückreichen, um die neuguineische Abholzungsindustrie transparent zu machen.

Die Nutzer*innen können Informationen über 28 Jahre von 1993 bis 2020 abrufen. Das Volumen der Holzexporte und andere Daten werden in interaktiven Diagrammen angezeigt und die Informationen können als csv-Dateien heruntergeladen werden.

Die Nutzer*innen können feststellen, welche Holzeinschlagsunternehmen wann in welchen Wäldern tätig waren, wie viel Holz sie exportiert haben und welche Art von Einschlagslizenz sie besitzen.

Die Daten können auch nach Provinz, Holzeinschlagskonzession, Konzessionsart und für bestimmte Jahre abgerufen werden.

Das Portal gibt Aufschluss darüber, wer die Anteilseigner und Direktoren der Abholzungsunternehmen sind und welche Eigentumsverhältnisse zwischen den verschiedenen Unternehmen bestehen.

Hier geht es zu dem Portal:

<https://pngiforests.org>

(www.pngicentral.org/reports/new-forest-portal-to-shine-a-light-on-papua-new-guineas-logging-industry/)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Umweltaktivisten fordern klares Nein gegen Tiefseebergbau

Anfang Oktober 2022 entdeckten lokale Gemeinden in der Provinz Neuirland, dass zwei Firmen die Vermögenswerte des ehemaligen kanadischen Bergbaukonzerns *Nautilus Minerals* gekauft hatten. Die beiden Firmen, *Deep Sea Mining Finance* und *Sustainable Mining Solutions*, haben ein Joint Venture gegründet und drängen die politischen Entscheidungsträger in Papua-Neuguinea, das bislang nicht zustande gekommene Tiefseebergbauprojekt *Solwara 1* in der Bismarcksee zu eröffnen.

Laut Jonathan Mesulam, dem Direktor der „*West Coast Development Foundation*“ und Mitglied der pazifischen Nichtregierungsorganisation „*Alliance of Solwara Warriors*“, sind die Unternehmen seit Mai dieses Jahres (2022) im Land und treffen sich mit der PNG-Regierung zu geheimen Verhandlungen über die Tiefseebergbaulizenzen von *Nautilus Minerals* in der Bismarck-See. „*Wann wird die neuguineische Regierung ihre Haltung zum Tiefseebergbau ändern und die geheimen Verhandlungen unterbinden?*“, fragte Mesulam.

„*Wir alle wissen, dass das Solwara 1-Projekt die Menschen in Papua-Neuguinea mehr als 375 Millionen Kina gekostet hat. Es wurde be-*

reits 2019 vom ehemaligen Premierminister Peter O'Neill zum gescheiterten Projekt erklärt. Warum schweigt die Regierung immer noch zu diesem Thema?“, fuhr er fort.

Hintergrund: Seit über einem Jahrzehnt gibt es Widerstand gegen den geplanten Meeresbodenabbau in ganz Papua-Neuguinea von der Zivilgesellschaft, lokalen Gemeinschaften, Kirchen und einigen Politikern. Die „*Alliance of Solwara Warriors*“ ist besorgt darüber, dass die Regierung von Papua-Neuguinea und die jeweiligen Provinzregierungen von Neuirland und Ost-Neubritannien keine Rücksicht auf den Widerstand in der Bevölkerung nehmen und die Gesundheit von Menschen und Umwelt in den küstennahen Gebieten riskieren.

„*Küsten- und tief liegende Insel- und Atollgemeinschaften von Papua-Neuguinea sind bereits stark vom Klimawandel mit seinem steigenden Meeresspiegel und Problemen mit der Ernährungssicherheit betroffen. Der Tiefseebergbau ist eine weitere zusätzliche Belastung. Unser Ozean muss um jeden Preis geschützt werden*“, forderte Mesulam.

John Momori von *Caritas PNG* in der katholischen Diözese Kavieng, der die Forderung nach einem vollständigen Verbot des Meeresbodenbergbaus unterstützt hat, erklärte: „*Obwohl Nautilus Minerals 2019 in Konkurs gegangen ist, sind ihre bestehenden Explorations- und Bergbaulizenzen immer noch in der Bismarck- und Salomonensee aktiv. Seit 2019 fordern wir, dass die Lizenzen annulliert werden und die Regierung den Meeresbodenabbau verbietet.*“

Gemeinsam erstellten die Aktivist*innen in Zusammenarbeit mit lokalen Küstengemeinden in den Provinzen Neuirland, Ost-Neubritannien, Manus, Madang, Alotau und Bougainville einen Forderungskatalog, den sie jetzt an Premierminister James Marape und Landminister John Rosso (*Pangu Party*) übergaben. Darin fordern sie u.a. 1) den Tiefseebergbau in PNG zu verbieten, 2) das klare Nein zum Tiefseeberg-

bau auf internationalen Konferenzen klar zu kommunizieren sowie 3) die Annullierung aller bestehenden Lizenzen für die Exploration und den Abbau des Meeresbodens in Papua-Neuguinea. (Pressemitteilung *Deep Sea Mining Campaign* 15.11.22)

Marape fordert USA zu mehr Investitionen auf

Premierminister James Marape hat die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika (USA) aufgefordert, verstärkt in Papua-Neuguinea zu investieren. Marape hatte sich mit dem US-amerikanischen Außenminister Anthony Blinken während des APEC-Gipfeltreffens in Bangkok (Thailand) im November 2022 getroffen, um die zukünftige Kooperation zwischen beiden Staaten zu besprechen. Marape äußerte gegenüber Blinken den Wunsch, die USA möge verstärkt in die nachgelagerte Industrie in PNG investieren, vor allem in den Fischereisektor. Marape, der bei dem Gespräch vom neuguineischen Außenminister begleitet worden war, sagte, es ginge nicht so sehr um die Zahlung von amerikanischen Entwicklungshilfegeldern. Seinem Land könne durch wirtschaftliche Investitionen in den nachgelagerten Sektor viel mehr geholfen werden, so der Premier.

Das bilaterale Treffen zwischen Marape und Blinken fand statt, nachdem die US-amerikanische Regierung unter Präsident Joe Biden am 28. und 29. September in Washington, D.C., den ersten Gipfel zwischen den USA und den pazifischen Inselstaaten veranstaltet hatte. Bei diesem Gipfel waren mehr als ein Dutzend führende Politiker*innen der pazifischen Inselstaaten und andere wichtige Beobachter*innen zusammengekommen, um Bereiche von gemeinsamem Interesse zu erörtern, darunter die Folgen des Klimawandels, die Sicherheit im Seeverkehr und die wirtschaftliche Entwicklung in den Pazifikstaaten.

Bei dem Gipfeltreffen in Washington ging es u.a. um folgende Themen: Die geographische und wirtschaftliche Lage von PNG in der

indo-pazifischen Region; die Abhängigkeit des neuguineischen Handels und Gewerbes von asiatischen Nachbarländern wie China und Indonesien sowie um die Situation von US-Firmen, die seit langem in PNG investieren. Exemplarisch wurde dabei der US-amerikanische Mineralölkonzern *ExxonMobil* genannt, der bereits seit 100 Jahren in PNG tätig ist.

Info: Die USA werden in Kürze ihr neues Botschaftsgebäude in der neuguineischen Hauptstadt Port Moresby eröffnen.

(www.apec2022.go.th, *PNG Business Newsletter* 18.11.22)

Treffen zwischen Marape und Xi Jinping

Am 18. November trafen sich in Bangkok (Thailand) der neuguineische Premierminister James Marape und der chinesische Staatspräsident Xi Jinping. Präsident Xi lobte die enge Zusammenarbeit zwischen beiden Staaten. Die Beziehung zwischen PNG und China sei ein gutes Beispiel für Solidarität und Zusammenarbeit der „guten Partner und Brüder“. Man wolle zukünftig noch enger mit PNG zusammenarbeiten, um die Verbindung Chinas zu den pazifischen Inselstaaten zu stärken, erklärte Xi Jinping. Im Rahmen der chinesischen „*Belt and Road Initiative*“ werde man die Zusammenarbeit in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, Infrastruktur, Sonderwirtschaftszonen, Katastrophenvorsorge und -minderung sowie grüne Entwicklung ausbauen.

China werde ab sofort wettbewerbsfähigere PNG-Produkte importieren und chinesische Unternehmen ermutigen, in PNG zu investieren, erklärte Jinping weiter. Er betonte nachdrücklich, dass China keine geopolitischen Rivalitäten in der Region Ozeanien aufbauen wolle. Stattdessen wolle man den Multilateralismus pflegen und internationale Beziehungen zu weiteren Pazifikstaaten aufbauen. Ziel sei es, Frieden, Stabilität und Wohlstand im asiatisch-pazifischen Raum und darüber hinaus zu för-

dern, so der chinesische Staatschef.

Premier James Marape erklärte in dem bilateralen Gespräch, dass die Freundschaft zwischen Papua-Neuguinea und China zeitlos sei. China habe ganz selbstlos Hilfe zur wirtschaftlichen Entwicklung von PNG geleistet. Papua-Neuguinea werde fest an der Ein-China-Politik festhalten, China bei der Verteidigung seiner Souveränität und territorialen Integrität nachdrücklich unterstützen und sich weiterhin für die Vertiefung der Zusammenarbeit mit China in den Bereichen Wirtschaft und Handel sowie für die Stärkung des zwischenmenschlichen Austauschs in den Bereichen Jugend und Bildung einsetzen. (Pressemitteilung des chines. Außenministeriums 18.11.22)

Kampf gegen Korruption

Die unabhängige Kommission gegen Korruption in Papua-Neuguinea (*Independent Commission against Corruption*, ICAC) hat kürzlich in Port Moresby ihre Strategie zur Korruptionsbekämpfung und Integrität für die Jahre 2023 bis 2025 vorgestellt. Die zweijährige Strategie ist ein Fahrplan für die Korruptionsbekämpfung innerhalb der Kommission. Laut dem Interimsvorsitzenden der ICAC, Thomas Eluh, ist Korruption nicht nur eine Gefahr von außen, sondern kann auch von innerhalb der Anti-Korruptions-Behörde kommen. Die neue Strategie diene daher der Vorbeugung der Korruption innerhalb der Behörde, erklärte Eluh.

Das Dokument ist das Ergebnis einer Absichtserklärung zwischen der ICAC und der internationalen Nichtregierungsorganisation *Transparency International*, die bereits 2021 unterzeichnet wurde.

Die Geschäftsführerin von *Transparency International*, Arianne Kassman, bezeichnete die Einführung der zweijährigen Strategie als einen Meilenstein in den Bemühungen des Staates, seine „*Nationale Anti-Korruptions-Strategie 2010-2030*“ zu verwirklichen. (*Papua New Guinea Today* 11.11.22)

Wissenschaftler 'entdecken' verschollene Taubenart wieder

Vor 140 Jahren hatte ein Naturforscher die *schwarznackige Fergusson-Fasanentaube* in den tropischen Bergwäldern der Fergusson-Insel (Papua-Neuguinea) entdeckt. Seitdem war der auf der Insel endemische hühnergroße Vogel so schwer zu finden, dass Ornithologen ihn mit der Sagenfigur „Big-foot“ verglichen.

Jetzt haben Wissenschaftler*innen bei einer Expedition, die das Ziel hatte, die seltene Taubenart erneut zu finden, ein Exemplar der Schwarznackentaube gesichtet. Sie konnten sogar Ende September Fotos des seltenen Tieres machen. Die Forschenden zeigten sich begeistert ob der „Wiederentdeckung“ dieser Taubenart, die nach ihren Angaben zu den seltensten Vögeln auf der Insel Neuguinea gehört.

Die Wissenschaftler*innen gehörten einem Expeditionsteam an, das von der *American Bird Conservancy*, *BirdLife International*, *eBird* und *Re:wild* gesponsort worden war. Diese Organisationen wollten mit Hilfe der Expedition 150 Vogelarten wiederentdecken, die noch nicht als ausgestorben gelten, aber in den letzten zehn Jahren nicht mehr beobachtet worden waren.

Die Entdeckung der Fasanentaube gelang mit Hilfe der Einheimischen. Die örtlichen Jäger halfen den Forschern bei der Ermittlung potentieller Standorte der seltenen Taube auf Fergusson Island. Dafür brachten die Wissenschaftler 20 Kamerafallen auf der 555 Quadratmeilen großen Insel an Stellen an, an denen die Einheimischen den Vogel gesehen und gehört haben wollten. Die Kamera, die schließlich ein Bild und ein Video der Fasanentaube einfing, befand sich an einem steilen, stark bewaldeten Hang des Kilkerran Berges.

Trotz der Sichtung eines Exemplars der Fasanentaube glauben die Wissenschaftler*innen, dass es nur noch wenige Exemplare der Taube gibt und dass diese vom Ausster-

ben bedroht ist. Sie wollen zukünftig mit den lokalen Gemeinden auf Fergusson Island zusammenarbeiten und die allerersten Foto- und Videosichtungen des bodenbewohnenden Vogels nutzen, um diese endemische Art zu erhalten.

Info: Die *schwarznackige Fergusson-Fasanentaube* war der Wissenschaft bisher nur durch zwei Exemplare bekannt, die der Naturforscher Andrew Goldie gesammelt hatte und die von den beiden britischen Ornithologen Frederick DuCane Godman und Osbert Salvin bereits 1883 benannt und beschrieben worden waren.

(*The Washington Post* 26.11.22, *Wikipedia*)

24 Tote auf den Trobriand-Inseln

Bei Stammeskämpfen auf der Insel Kiriwina (Trobriand-Inseln) im Osten Papua-Neuguineas in der Milne Bay Province wurden 24 Menschen getötet. 15 weitere gelten noch als vermisst.

Der Polizeichef der Provinz Milne Bay, Superintendent Peter Barkie, sagte, dass zunächst 22 Menschen bei der dreistündigen Schlägerei am 24. Oktober getötet worden waren, die nach einem Streit zwischen den Dörfern an der Küste und im Landesinneren wegen eines Fußballspiels ausgebrochen war. Zwei Personen erlagen später ihren Verletzungen, die sie während des Kampfes erlitten hatten, wodurch sich die Zahl der Todesopfer auf 24 erhöhte.

Die ersten Kämpfe waren bereits Mitte September zwischen den Bewohner*innen der benachbarten Dörfer Kulumata und Kuboma ausgebrochen, als ein Mann aus dem Dorf Bwetalu auf der Kuboma-Seite bei einem Streit um ein Fußballspiel getötet worden war.

Die Kuboma-Dorfbewohner rächten sich für den Tod ihres Klan-Angehörigen, indem sie die Süßkartoffelgärten der Kulumata-Dörfer zerstörten. Als die Kulumata-Dorfbewohner zu den Behörden gingen, um sich zu beschweren, trafen sie auf eine Gruppe von Kuboma-Dorfbewohnern und es kam

zu der besagten Schlägerei mit ihren zahlreichen Opfern. Mangels einer Möglichkeit zur Aufbahrung der Leichen in einer Leichenhalle mussten die Toten unmittelbar beerdigt werden. Das erschwerte die gerichtsmedizinische Untersuchung.

Nelson Tauyuwada, der Verwalter von Kiriwina, sagte, dass im Zuge der Kämpfe viele Gärten zerstört worden seien und den Dorfbewohner*innen nun eine Hungersnot drohe.

Ein zehnköpfiges Rapid-Response-Team (RRS) von Polizisten aus der Hauptstadt Port Moresby wurde entsandt, um die Situation zu entschärfen, erklärte Peter Tsiamalili Jnr, der Minister für innere Sicherheit. Tsiamalili Jnr sagte, der neuguineische Polizeipräsident David Manning sei für den Einsatz auf den im Volksmund als „Island of love“ bekannten Trobriand-Inseln verantwortlich.

Superintendent Peter Barkie erklärte, die Ermittlungsgruppe der Kripo sei eingesetzt worden, nachdem die schnelle Eingreiftruppe der Polizei ihre Bewertung der Lage vor Ort auf der Insel Kiriwina abgeschlossen hatte.

Er sagte weiter, dass die Bewohner*innen der beiden Dörfer bei ihren Kämpfen keine staatlichen oder privaten Grundstücke oder Geschäftshäuser zerstört hätten und dass der Kampf nicht die gesamte Insel Kiriwina betroffen habe. Die betroffenen Dörfer befänden sich im südlichen Teil der Insel Kiriwina und in der Gegend um die Louisa-Station. Der zentrale und nördliche Teil von Kiriwina waren nicht betroffen.

(*The Guardian* 25.10.22, *Radio NZ Intern.* 27.10.22,

<https://insidepng.com/investigations-underway-for-kiriwina-deaths/>)

BOUGAINVILLE

Umweltstudie beginnt im Dezember

Eine unabhängige Umwelt- und Menschenrechtsverträglichkeitsprüfung der ehemaligen Panguna-Mine des Bergbaukonzerns *Rio Tinto* in der autonomen Region Bougainville in Papua-Neuguinea wird noch in diesem Jahr beginnen.

Im vergangenen Jahr hatte sich der britisch-australische Konzern *Rio Tinto* öffentlich verpflichtet, die unabhängige Bewertung zu finanzieren, nachdem 156 Mitglieder der örtlichen Gemeinde, vertreten durch das australische *Human Rights Law Centre* (HRLC), erfolgreich eine Menschenrechtsklage eingereicht hatten.

In der Menschenrechtsbeschwerde wird behauptet, dass die massive Verschmutzung durch die Abraumhalden der Panguna-Mine weiterhin das Leben und die Existenzgrundlage der Menschen gefährdet.

Während des Betriebs der Panguna-Mine zwischen 1972 und 1989 wurden über eine Milliarde Tonnen Abraum direkt in die Flüsse Jaba und Kawerong geleitet. Die Abräume aus der Mine verseuchen weiterhin die Flüsse und überfluten große Landflächen flussabwärts, was verheerende Auswirkungen auf das Leben tausender Bougainviller hat.

„Wir begrüßen, dass die Auswirkungen der Panguna-Mine so schnell wie möglich untersucht werden. Wir machen uns ständig Sorgen, dass die Lebensmittel, die wir essen, das Wasser, das wir trinken, und die Luft, die wir atmen, nicht sicher sind. Wir machen uns Sorgen, dass Dämme zusammenbrechen und Minenabfälle unser Land und unsere Gemeinden überfluten“, sagte die Abgeordnete des Regionalparlaments von Bougainville, Theonila Roka Matbob, die sich für die erfolgreiche Klage eingesetzt hatte.

Auch das *Human Rights Law Centre* äußerte sich lobend über den

zügigen Beginn der Umweltverträglichkeitsstudie noch in diesem Jahr. „Wir begrüßen das zügige Engagement von *Rio Tinto* in diesem Prozess“, sagte Keren Adams, die juristische Direktorin des HRLC.

Tetra Tech Coffey, ein unabhängiges, weltweit tätiges Beratungsunternehmen, wird die Folgenabschätzung für die Abräume aus der Gold- und Kupfer-Mine durchführen.

Die erste Phase der Studie, in der die akuten Auswirkungen und Risiken der Mine für die lokalen Gemeinden untersucht werden, wird voraussichtlich 18 bis 20 Monate dauern. Dabei wird ermittelt, welche Auswirkungen die Mine hatte und welche Abhilfemaßnahmen nun erforderlich sind.

Rio Tinto hat sich bisher noch nicht verpflichtet, die von den Gemeinden geforderte Säuberung und Sanierung des Minengeländes zu finanzieren.

Nach Abschluss der Folgenabschätzung werden weitere Gespräche zwischen dem Unternehmen, Vertretern der Gemeinden und anderen Interessensgruppen über die Empfehlungen der Folgenabschätzung und die nächsten Schritte stattfinden.

Hintergrund: Die Gold- und Kupfermine bei Panguna auf der Insel Bougainville wurde von 1972 bis 1989 17 Jahre lang von der Firma *Bougainville Copper Limited* (BCL) betrieben, die sich mehrheitlich im Besitz von *Rio Tinto* befand, als der Betrieb aufgrund des Protests von Landeignern und des sich anschließenden blutigen zehnjährigen Bürgerkriegs eingestellt werden musste. Im Jahr 2001 wurde ein Friedensabkommen unterzeichnet.

Die lokale Regierung von Bougainville unter Präsident Ishmael Toroama ist sehr daran interessiert, die Mine wieder zu eröffnen, um die Wirtschaft des Landes anzukurbeln und die Unabhängigkeit bis 2027 erreichen zu können. (www.mining.com 05.12.22, *Radio NZ Intern.* 06.12.22, <https://www.hrlc.org.au/news/2022/12/2/historical-environmental-and-human-rights-assessment-of-rio-tintos-former-panguna-mine-begins>)

Mehr Handelsbeziehungen mit den Salomonen

Handel und Investitionen sollen im Mittelpunkt der Beziehungen zwischen den Salomonen und der autonomen Region Bougainville an der gemeinsamen Grenze zwischen Papua-Neuguinea und den Salomonen stehen.

Angesichts der engen traditionellen, kulturellen und geographischen Beziehungen zwischen den Menschen auf beiden Seiten der Grenze haben die politischen Vertreter von Bougainville und den Salomonen vereinbart, in Absprache mit der Regierung von Papua-Neuguinea weitere Gespräche zu führen, um den Handel zu regeln, die wirtschaftliche Integration zu vertiefen und für beide Seiten vorteilhafte wirtschaftliche Beziehungen zwischen ihren jeweiligen Privatsektoren zu fördern.

Beide Parteien erklärten, dass sie sich weiterhin für die Erleichterung, den Ausbau und die Regulierung von Handel und Investitionen zwischen den Salomonen und der autonomen Region Bougainville einsetzen werden.

Der Präsident der Autonomen Regierung von Bougainville (ABG), Ishmael Toroama, leitete Ende November eine Handels- und Investitionsdelegation nach Honiara (Salomonen), um dieses Ziel zu verwirklichen. Präsident Toroamas Besuch erfolgte im Einklang mit dem Rahmenvertrag über die Beziehungen zwischen den Salomonen und Papua-Neuguinea von 1986 und dem Rahmenabkommen über die Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Salomonen und Papua-Neuguinea aus dem Jahr 2020.

Die Unterzeichnung des Gesprächsprotokolls fand am 29. November 2022 in Anwesenheit des Hochkommissars von Papua-Neuguinea, Moses Kaul, in der Botschaft von Papua-Neuguinea in Honiara statt. (<https://sbm.sb/si-bougainville-move-to-boost-trade-at-border/>, *Marshall Islands Journal* 16.12.22)

SALOMONEN

Polizisten werden in China ausgebildet

Eine Gruppe von 34 Polizeibeamten der Salomonen ist im Oktober nach China geflogen, um sich in polizeilichen Techniken fortzubilden und ihr Verständnis für die chinesische Kultur zu verbessern, so die *Royal Solomon Islands Police Force* in einer Presseerklärung.

Seit der Unterzeichnung eines Sicherheitspakts zwischen den beiden Ländern im April des Jahres hat China der Polizei auf den Salomonen Schulungen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung angeboten - ein Abkommen, das die Vereinigten Staaten von Amerika und ihre Verbündeten, darunter Australien, das die Polizei der Salomonen traditionell unterstützt, alarmiert hat.

Die 34 Beamten, darunter auch zwei hochrangige Polizisten, würden während ihres einmonatigen Besuchs verschiedene Polizeistationen in China besuchen, hieß es in der Erklärung der Polizei. Die Beamten würden dabei auch ein „*besseres Verständnis der chinesischen Polizei, der vielfältigen chinesischen Kulturen und des freundlichen chinesischen Volkes*“ erlangen, sagte Yao Ming, der stellvertretende Leiter der chinesischen Botschaft in Honiara, laut der Erklärung der Polizei.

Er betonte, dass dies der erste Besuch von Polizeibeamten der Salomonen zu Ausbildungszwecken in China sei und fügte hinzu, dass die Beamten nach ihrer Rückkehr zu einer „*besseren Zusammenarbeit zwischen der RSIPF [Royal Solomon Islands Police Force] und der chinesischen Polizei beitragen und die Freundschaft zwischen China und den Salomonen stärken würden*“.

Der Premierminister der Salomonen, Manasseh Sogavare, hatte zuvor erklärt, dass Australien weiterhin der bevorzugte Sicherheitspartner des Landes sei. Er hatte auch bestritten, dass der Pakt mit China die Einrichtung einer Militär-

basis ermöglichen würde.

Australien bildet die Polizei der Salomonen aus und ist seit Jahrzehnten an der Sicherheit auf den Inseln beteiligt. Als im vergangenen Jahr die Hauptstadt Honiara von Unruhen erschüttert wurde, bat Premierminister Manasseh Sogavare die australische Regierung um die Entsendung von Verteidigungspersonal, um die Ordnung wiederherzustellen.

Info: Auf einem Gipfeltreffen des Weißen Hauses (USA) mit den Staats- und Regierungschefs der Pazifikinseln im November erklärten die USA, sie wollten dem wachsenden Einfluss Chinas in der strategisch wichtigen Region Ozeanien entgegenzutreten und deshalb noch in diesem Jahr Ausbilder des FBI für die Strafverfolgung auf die Salomonen schicken. (*The Guardian* 12.10.22, *Marianas Variety* 13.10.22)

Zwei schwere Erdbeben

Nach zwei starken Erdbeben am 22. November, die die australische Botschaft, den Flughafen und Einkaufszentren beschädigten und zu Stromausfällen in der Hauptstadt Honiara führten, musste nach Angaben der Behörden auf den Salomonen keine Tsunami-Warnung ausgegeben werden. Verletzt oder gar getötet wurde niemand, es entstand lediglich Sachschaden. So stürzte das Dach der australischen Botschaft ein. Ein Flughafenterminal musste wegen der Schäden kurzzeitig gesperrt werden.

Das erste Beben ereignete sich vor der Küste in einer Tiefe von 15 km etwa 16 km südwestlich des Gebiets von Malango, so der *United States Geological Survey*, der die Stärke des Bebens zunächst mit 7,3 angab, bevor er sie auf 7,0 herunter korrigierte.

Ein zweites Beben mit einer Stärke von 6,0 ereignete sich 30 Minuten später in der Nähe.

Brian Tomu, ein Angestellter für öffentliche Angelegenheiten beim *Nationalen Amt für Katastrophenmanagement* der Salomonen, er-

klärte, man habe bereits mittels eines Hubschraubers den Umfang und das Ausmaß der Schäden überprüft.

Menschen seien in Panik aus ihren Büros auf die Straße gestürzt und hätten versucht, höher gelegene Stadtviertel zu erreichen aus Sorge vor einer Flutwelle, so Tomu. Dabei sei es zu Verkehrsstaus gekommen. Die Menschen hätten nicht über Radio oder Fernsehen über die Lage informiert werden können, da der Strom in weiten Teilen der Stadt ausgefallen sei. Lediglich über Facebook habe man informieren können, dass der Hauptstadt kein Tsunami drohe. (*ABC Australia, Reuters* 21.11.22)

China spendet Wasserwerfer und Fahrzeuge

Nur Tage nach einer Spende Australiens an die *Royal Solomon Islands Police Force* (RSIPF) hat China der gleichen Einheit der Polizei- und Sicherheitskräfte auf den Salomonen zwei Wasserwerfer, 30 Motorräder und 20 Autos gespendet.

Die Ausrüstung wurde im Rahmen einer feierlichen Zeremonie mit dem salomonischen Premierminister Manasseh Sogavare und dem chinesischen Botschafter Li Ming an die Einheit übergeben.

Australien hatte kurz zuvor in einer ähnlichen Zeremonie 60 halbautomatische Schnellfeuer-Gewehre und 13 Fahrzeuge an dieselbe Polizeieinheit gespendet.

Die Schenkung dieser 60 halbautomatischen Gewehre durch die australische Bundespolizei an die Polizei der Salomonen wurde vom Oppositionsführer des Inselstaates, Matthew Wale, scharf kritisiert. Er warnte vor einer zunehmenden „Militarisierung“ der Salomonen und warf Australien vor, von der „Angst“ vor der Rolle Chinas in der zukünftigen Zusammenarbeit mit der RSIPF getrieben zu sein.

Premier Sogavare hatte wiederholt gefordert, dass die RSIPF schwerere Waffen und Ausrüstung erhält, um die „Stabilität“ im Land zu wahren und Recht und Ordnung auf-

rechtzuerhalten.

Die Spenden seien ein weiterer Beweis dafür, wie sich der Wettbewerb zwischen Australien und China auf den Salomonen verschärfe, da beide Länder versuchten, ihre Position bei der Polizei und hochrangigen Politikern zu festigen, hieß es aus gut unterrichteten Kreisen.

Hintergrund: Australien ist traditionell der wichtigste Sicherheitspartner der Salomonen und leitete 2003 eine regionale Mission zur Stabilisierung des Landes nach jahrelangen zivilen Unruhen. Australische Truppen und Polizisten sorgten auch für die Wiederherstellung der Ordnung, als Honiara im vergangenen Jahr nach Protesten gegen die Regierung Sogavare erneut von Unruhen erschüttert wurde.

Die australische Bundespolizei (*Australian Federal Police, AFP*) hat in den letzten zwei Jahrzehnten die Polizei der Salomonen ausgebildet und ausgerüstet.

China hat in den letzten 12 Monaten sein eigenes Kooperationsprogramm mit der RSIPF rasch ausgeweitet, indem es Ausrüstung zur Bekämpfung von Ausschreitungen und Gewehre spendete, in mehreren Provinzen Polizeiausbildungen durchführte und 34 Beamte der Salomonen für Trainingskurse nach China entsandte.

Der australische Verteidigungsminister Richard Marles bestritt auf eine Presseanfrage hin, dass Australien in direktem Wettbewerb mit China stehe. Es handle sich nicht um ein „*arms race*“ beider Staaten. (*ABC Australia 03.11., 04.11.22, The Guardian 05.11.22*)

Unterstützung aus den USA

Charles Jakosa ist neuer Direktor des Threshold-Programms der US-amerikanischen *Millennium Challenge Corporation (MCC)*. Er wird sein Amt im Januar 2023 antreten. Die *MCC* ist eine unabhängige Hilfsorganisation der US-Regierung, die im Januar 2021 eine Zuschussvereinbarung über 20 Millionen US-Dollar (165 Millionen

Solomon-Dollar) mit dem salomonischen Ministerium für nationale Planung und Entwicklungscoordination unterzeichnet hat.

Die Entsendung von Jakosa in die Hauptstadt Honiara, mit der die derzeitige US-Mission auf den Salomonen erweitert wird, ist Teil des Engagements der US-Regierung auf den Salomonen nach der Ankündigung von US-Außenminister Blinken, dass die USA eine Botschaft in Honiara eröffnen werden.

Mit dem Geld will die nationale Regierung die Armutsbekämpfung und die Steigerung des Wirtschaftswachstums im Land unterstützen.

Mit der Unterzeichnung eines „*Memorandum of Understanding*“ wurde die Partnerschaft zwischen der Regierung der Salomonen und der *MCC* formalisiert. Die Partnerschaft zielt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung zu fördern und die Armut durch zwei Projektkomponenten zu lindern: das *Forest Value Enhancement Project (FoVEP)* und das *Accessing Land for Tourism Investment Facilitation (ALTIF) Project*.

Info: Charles Jakosa hat die Umsetzung von Projekten geleitet und war technischer Experte für Projekte, die vom US-Außenministerium, USAID, Großbritannien, Kanada und mehreren multilateralen Organisationen unterstützt wurden.

Vor kurzem war er für das US-Außenministerium als leitender Berater für Korruptionsbekämpfung in der Ukraine tätig und davor als Leiter des USAID-Projekts „*Promoting Peace and Justice*“ in Bangladesch. Der studierte Rechtsanwalt hat in 27 Ländern gearbeitet, darunter auch auf den Salomonen, wo er das Justizprogramm des australischen *Department of Foreign Affairs and Trade* für die Salomonen leitete. (*Pressemitteilung Solomon Islands Government 01.12.22, <https://democracyinternational.com/team/charles-jakosa/>*)

Internationaler Tourismus erholt sich langsam

Drei Monate nach der Grenzöffnung zum 1. Juli 2022 nach 800 Tagen Grenzschießung aufgrund der Corona-Pandemie hat sich das nationale Statistikamt der Salomonen erfreut über die Entwicklung des internationalen Tourismus geäußert.

Die offiziellen Besucherzahlen für das dritte Quartal 2022 weisen weit über das hinaus, was das Fremdenverkehrsamt erwartet hatte. Zwischen dem 01. Juli und dem 30. September 2022 reisten insgesamt 2.481 internationale Besucher*innen auf die Salomonen.

Erneut stellten die Australier mit 1.038 den Großteil der Besuchenden, was 41,8 Prozent der Gesamtzahl in diesem Zeitraum ausmacht. Dagnal Dereveke, Leiter der Abteilung *Corporate Services* im Statistikamt, sagte, er sei sicher, dass einige die Gesamtzahl von 2.481 als einen Rückgang von fast 68 Prozent im Vergleich zum Vor-Corona-Zeitraum ansehen würden. Man müsse aber berücksichtigen, dass man am 1. Juli quasi bei Null angefangen habe und deshalb sei man mit der Anzahl der Tourist*innen sehr zufrieden.

Dereveke sagte weiter, dass die Besucherankünfte aus den anderen wichtigen Herkunftsmärkten der Salomonen - den USA, Neuseeland, Papua-Neuguinea und Fidschi - zwar immer noch gering seien, sich aber im Laufe des Quartals von Monat zu Monat verbessert hätten. Man werde jetzt mit aller Kraft darauf hinarbeiten, die Salomonen wieder zu einem attraktiven Urlaubsziel zu machen, erklärte er.

Info: Vor der Corona-Pandemie hatten die Salomonen jährlich etwa 29.000 internationale Besucher*innen zu verzeichnen, wobei der Anteil der australischen Besucher*innen etwa 45 % betrug und das Wachstum der Gesamtbesucherzahl jährlich zwischen sieben und 10 % lag.

(*www.traveldailynews.asia/solomon-islands-tourism-slowly-returns 12.12.22*)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Mitglied im Vorstand des Pazifik-Netzwerkes, Berlin.]

Opposition will Wahl-Ergebnis wegen Unregelmäßigkeiten nicht anerkennen

Am 14. Dezember 2022 haben in Fidschi Wahlen stattgefunden. Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (15. Dezember 2022) gab es noch kein amtliches Endergebnis und es war noch offen, ob sich der derzeitige fidschianische Premierminister Voreqe Bainimarama oder sein Herausforderer Sitiveni Rabuka durchsetzen konnten. Die aktuellsten offiziellen Ergebnisse der Wahlkommission, die von der Opposition allerdings angezweifelt wurden, sahen nach Auszählung etwa der Hälfte der Wahlbezirke einen knappen Vorsprung des Amtsinhabers. Dessen *Fiji First*-Partei kam demnach vorläufig auf ca. 45,9 % der Stimmen, während Rabukas *People's Alliance Party* auf ca. 32,7 % und die Rabuka unterstützende *National Federation Party* unter Biman Prasad auf 9,3 % kam. Alle anderen Parteien lagen unter der 5 %-Hürde – auch die bisher größte Oppositionspartei im fidschianische Parlament SODELPA, die nach dem Parteiaustritt von Rabuka massiv an Bedeutung verloren hat.

Insgesamt bewarben sich 342 Kandidat*innen um die 55 Parlamentssitze des Landes. Direkt nach Schließung der Wahllokale und der Auszählung der ersten Wahlbezirke hatte es noch nach einem sehr starken Abschneiden der Opposition ausgesehen. Mit weniger als 60 % war die Wahlbeteiligung so niedrig wie bei keiner vorangegangenen Wahl.

Ein offizielles Endergebnis soll frühestens am 18. Dezember verkündet werden. Nach massiven Zwischenfällen mit einer App zur Wahlauszählung haben Rabuka und mehrere Oppositionsparteien bereits angekündigt, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen und die

Wahl anfechten zu wollen. Dies teilten sie unter anderem dem fidschianischen Präsidenten und dem Wahlleiter mit. Zuvor war eine App zur Übermittlung und Kommunikation von Wahlergebnissen in der Wahlnacht wegen angeblicher technischer Probleme für mehrere Stunden nicht erreichbar gewesen. Als sie wieder online ging, hatte sich der Zwischenstand bei den Stimmauszählungen massiv zugunsten der amtierenden Regierung verschoben. Vor dem technischen Defekt lag die *People's Alliance Party* in Führung, nach dem Zwischenfall mehr als 10 Prozentpunkte hinter *Fiji First*. Der Wahlleiter verwies in einer Pressekonferenz auf technische Probleme und darauf, dass offensichtlich fehlerhafte Stimmzahlen in der App vermerkt worden seien – so sei etwa ein relativ unbekannter Kandidat in der App auf einen extrem hohen Stimmanteil gekommen und habe mehr Stimmen erhalten als Bainimarama und Rabuka zusammen. Dies habe korrigiert werden müssen. Ob dies die deutlichen Stimmverschiebungen erklären kann, ist jedoch unklar.

Neben Rabuka und seiner *People's Alliance Party* haben sich auch die mit ihm verbündete *National Federation Party* sowie die *Unity Fiji Party* und die *Fiji Labour Party* unter dem früheren Premierminister Mahendra Chaudhry dem Protest angeschlossen und fordern eine vollständige Neuauszählung aller Stimmen.

Die Wahl wird durch 90 Wahlbeobachter*innen aus insgesamt 16 Ländern begleitet. Die Mission wird von Wahlbeobachtern aus Australien, Indien und Indonesien angeführt. Die multinationale Wahlbeobachtungsmision teilte bereits vor dem Zwischenfall mit, dass sie bei den Vorbereitungen keine Unregelmäßigkeiten beobachtet hatten, haben sich bisher aber noch nicht zu dem konkreten Vorwurf bei der Stimmauszählung geäußert. Für Irritationen sorgte, dass Australiens Außenministerin Penny Wong Journalistinnen und Journalisten bereits sagte, es sehe ganz danach aus, als sei die Wahl in Fidschi „in friedlicher und geordneter Weise“ durchgeführt worden.

Sowohl Bainimarama als auch Rabuka sind in der Vergangenheit nicht unbedingt als Verfechter demokratischer Werte aufgefallen. Rabuka hat sich bereits im Jahr 1987 als damaliger Militärführer an die Macht geputscht und regierte von 1992 bis 1999 als gewählter Premierminister. Er betonte im Wahlkampf immer wieder, dass er damals im Jahr 1999 seine Wahlniederlage eingestanden habe. Bainimarama wiederum hat als Militärführer im Jahr 2006 eine zuvor von ihm selbst eingesetzte Regierung aus dem Amt entfernt und die Macht im Land übernommen. 2014 und 2018 wurde er in Wahlen mit zunächst großer, dann aber abnehmender Mehrheit wiedergewählt. Auch diese Wahlen waren von Berichten über Zwischenfälle begleitet worden, damals gab es vor allem Proteste wegen massiven Einschränkungen von politischen Gegnern im Wahlkampf.

Viele Beobachter*innen hatten für die nun durchgeführte Wahl mit möglichen Ausschreitungen, Gewalt oder gar einem neuen Militärputsch gerechnet. Am Wahltag waren insgesamt 1.500 Polizistinnen und Polizisten nur zur Absicherung der Wahl abgestellt worden. Trotz der Polarisierung und des Zwischenfalls blieb es während und direkt nach der Wahl jedoch ruhig. Rabuka rief seine Wählerinnen und Wähler dazu auf, die Ruhe zu bewahren und auf Gewalt zu verzichten, als er bekanntgab, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass es nach der Veröffentlichung des Endergebnisses oder im weiteren Verlauf des Streits um das Ergebnis zu Gewalt in Fidschi kommt. (*Reuters* 14.12.22, 15.12.22, *The Guardian* 14.12.22, 15.12.22, *Fiji Times* 15.12.22, *Radio New Zealand* 16.11.22, 13.12.22, 14.12.22, 15.12.22, *AFP News* 14.12.22, *Twitter*)

Kurzfristige Verlegung von Wahllokalen

Am Vorabend der Parlamentswahl am 14. Dezember 2022 hat der Wahlleiter kurzfristig die Änderung mehrerer Wahllokale sowohl in der Hauptstadt Suva als auch in ländlichen Gegenden bekanntgege-

ben. So konnten in einem Teil von Suva etwa Stimmen nicht wie geplant in einer Schule abgegeben werden, weil das dortige Wahllokal durch ein Feuer zerstört worden war. Für andere kurzfristige Änderungen wurden hingegen keine Gründe genannt. Es wurde eine Telefon-Hotline für Wählerinnen und Wähler eingerichtet, mithilfe derer sie Informationen dazu erhalten konnten, wo sie alternativ ihre Stimme abgeben konnten. Dennoch wurde befürchtet, dass einigen Wähler*innen die Stimmabgabe erschwert wurde. Dies könnte auch einen Teil zu der niedrigen Wahlbeteiligung von unter 60 % beigetragen haben. Diese ist überraschend, weil im Vorfeld bei vielen Beobachter*innen der Eindruck entstanden war, dass viele Menschen erst einmal seit 2006 wieder das Gefühl einer „echten Wahl“ zwischen zwei ähnlich aussichtsreichen Kandidaten hatten – auch wenn sich viele Menschen weder von Bainimarama noch von Rabuka repräsentiert fühlen.

Eine eher niedrige Wahlbeteiligung könnte sich durchaus für die amtierende Regierung auszahlen, da damit zu rechnen war, dass gerade in vielen abgelegeneren und konservativeren Gemeinden viele Menschen für Rabuka als Repräsentant des traditionellen indigenen Häuptlingssystems stimmen würden. Schon im Vorfeld der Wahl hatte sich das Büro des Wahlleiters besorgt über eine überraschend niedrige Anzahl an Anmeldungen für die Briefwahl gezeigt. (*Radio New Zealand*. 22.11.22, 13.12.22)

Wahlen: Erste Trans-Gender-Frau könnte ins Parlament gewählt werden

Bei den Wahlen in Fidschi könnte mit Divina Loloma erstmals eine bekennende Trans-Gender-Frau in das nationale Parlament gewählt werden. Sie tritt für die *National Federation Party* (NFP) an, die schon bisher dem fidschianischen Parlament angehörte und sich erneut gute Chancen auf einen Einzug ins Parlament machen kann.

Im Wahlkampf betonte Divina Loloma, dass sie sich in der Politik vor allem für diskriminierte Bevölkerungsgruppen einsetzen und insbesondere wirtschaftliche Perspektiven für junge und marginalisierte Menschen schaffen möchte. Sie sagte, sie wolle sich für besonders gefährdete und marginalisierte Gruppen einsetzen, zu denen auch transsexuelle Menschen gehören. Bei einer gemeinsamen Pressekonferenz unterstrich auch der NFP-Vorsitzende Biman Prasad, dass die Menschenrechte uneingeschränkt für alle Menschen auch aus der sogenannten LGBTQI-Community gelten müssten – vermied darüber hinaus aber konkrete Aussagen, wie deren Diskriminierung reduziert werden könnte. LGBTQI ist ein Sammelbegriff für Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Identitäten und umfasst beispielsweise homosexuelle, transsexuelle und queere Menschen.

Loloma war im Jahr 1987 nach einem Militärputsch – ausgeführt übrigens von Sitiveni Rabuka, der nun von Lolomas Partei in seiner Kandidatur für das Amt des Premierministers unterstützt wird – mit ihren Eltern nach Australien emigriert. In einem Interview sagte sie, dass es ihr in Fidschi vermutlich nicht so einfach möglich gewesen wäre, ihre Identität zu entwickeln und auszuleben wie dies in Australien der Fall war. Später kehrte sie dennoch in ihr Heimatland Fidschi zurück, wo sie nach eigenen Aussagen immer wieder Diskriminierung und Anfeindung erlebt habe. Sie glaubt, dass sich die Zeiten nun auch in Fidschi geändert haben: Im Wahlkampf habe sie viel Unterstützung und Wertschätzung erlebt, auch in konservativeren Gemeinden. (*ABC News* 26.11.22, *SBS News* 14.12.22)

Wahlkampf: Regierung geht juristisch gegen politische Widersacher vor

Nur wenige Tage vor den Wahlen in Fidschi ist Anklage gegen mehrere prominente Oppositionspolitiker*innen wegen Korruption und versuchten Stimmenkaufs im Vor-

feld der Wahlen erhoben worden. Die stellvertretenden Parteivorsitzenden der *People's Alliance Party*, Lynda Tabuya, die lange auch Oppositionsführerin im fidschianischen Parlament war, und Dan Lobendhan mussten sich am 6. Dezember 2022 erstmals vor Gericht verantworten, weil die *Fiji Independent Commission Against Corruption* (FICAC) ihnen vorwirft, mit einer Spende in Höhe von jeweils 1.000 Fidschi-Dollar (ca. 425 Euro) für ein Volleyballturnier im Mai dieses Jahres gegen Wahlkampf-Auflagen verstoßen zu haben. Die Angelegenheit soll vor Gericht im Februar 2023 fortgesetzt werden. Angestoßen hatte die Ermittlungen im September die regierende *Fiji First*-Partei, die eine Beschwerde beim Wahlleiter einreichte, die dieser an die FICAC weiterleitete. Oppositionsführer Sitiveni Rabuka kritisierte das rechtliche Vorgehen als politisch motivierte Behinderung der Demokratie und den Zeitpunkt der Anklage als Beeinflussung der Wählerinnen und Wähler.

In einem anderen Verfahren wurde der langjährige Regierungskritiker Richard Naidu wegen eines Beitrags in den sozialen Medien, in denen er auf einen Rechtschreibfehler in einem Gerichtsurteil hinwies, angeklagt und im November rechtskräftig verurteilt. Das Gericht hatte seinen Beitrag als Verunglimpfung der Justiz aufgefasst. Aufgrund der Verurteilung darf Naidu nicht wie eigentlich geplant für die oppositionelle *National Federation Party* in den Wahlkampf ziehen. *Amnesty International* zeigte sich erschrocken über das Urteil, kritisierte das zugrunde liegende Gesetz als nicht mehr zeitgemäß und das Verfahren als eindeutigen Verstoß gegen das Recht auf freie Meinungsäußerung.

Ebenfalls im November hat es eine öffentliche Auseinandersetzung um eine mögliche Anklage und einen Polizeigewahrsam gegen den Vorsitzenden der *National Federation Party*, Biman Prasad, gegeben. Wegen Anschuldigungen einer Frau, Prasad habe sie belästigt, wollte die Polizei gegen Prasad vorgehen und ihn verhören. Eine entsprechende Weisung wurde von der Staatsanwaltschaft später

veröffentlicht. Anwälte des Politikers waren gegen die Anweisung vorgegangen. Sie verwiesen unter anderem auf eine Klage Prasads gegen die Frau und ihren Ehemann wegen Verleumdung. Oberstaatsanwalt Christopher Pryde teilte schließlich mit, dass es keine ausreichenden Belege für die Anschuldigungen gegen Prasad gebe und forderte die Polizei auf, nicht gegen diesen vorzugehen. Polizeichef Sitiveni Qiliho, ein enger Weggefährte von Premierminister Voreqe Bainimarama, kritisierte daraufhin die Staatsanwaltschaft und sagte, ihr Eingreifen könnte das öffentliche Vertrauen in die Polizei gefährden. Die über die Medien ausgetragene Posse mündete in einer erneuten Reaktion von Christopher Pryde, der Sitiveni Qiliho mit deutlichen Worten in die Schranken wies, von einem „bockigen Zornausbruch“ des Polizeichefs sprach und ihm öffentlich die Rolle von Polizei und Staatsanwaltschaft erklärte. Einige Medien sprachen von einem „Krieg der Worte“ zwischen den beiden Staatsbediensteten.

Auch im Sommer waren bereits einige führende Politikerinnen und Politiker vorübergehend in Gewahrsam genommen und von der Polizei verhört worden, unter anderem ebenfalls wegen Beiträgen in den sozialen Medien (siehe Berichterstattung in den letzten Ausgaben der *Pazifik aktuell*). Im Mai, August und September sind außerdem mehrere frühere Abgeordnete, vor allem aus Reihen der oppositionellen SODELPA-Partei, aber auch aus der regierenden *Fiji First*-Partei, wegen Steuerhinterziehung und falschen Angaben gegenüber der Parlamentsverwaltung zu teils mehrjährigen Haftstrafen verurteilt worden. (*Radio New Zealand* 21.9.22, 23.9.22, 9.11.22, 11.11.22, 25.11.22 7.12.22)

Gerichtsverfahren gegen Sohn von Premierminister in Australien

Meli Bainimarama, der Sohn von Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama, ist Ende Oktober in Australien wegen häuslicher Ge-

walt angeklagt worden. Ihm werden insgesamt 17 Fälle von häuslicher Gewalt zur Last gelegt, darunter fünf Fälle von Körperverletzung, aber auch Stalking, öffentliche Bedrohungen und die Zerstörung von Sachgegenständen. Die Verbrechen sollen sich zwischen Februar und Mai 2022 während eines Aufenthalts von Meli Bainimarama in Sydney ereignet haben. Der Beschuldigte streitet alle Vorwürfe ab. Er befindet sich gegen Kautionsfreisetzung auf freiem Fuß. Das Verfahren soll Berichten zur Folge erst am 23. Juni 2023 fortgesetzt werden. Premierminister Bainimarama distanzierte sich von seinem Sohn und teilte mit, die Vorwürfe würden ihn und seine Frau sehr beunruhigen. (*Radio New Zealand* 27.10.22, *Fiji Times* 17.9.22, *BBC* 16.9.22)

VANUATU

Wahlergebnisse: Neuer Premier und eine Frau

Am 13. Oktober fanden vorgezogene Neuwahlen in Vanuatu statt. Alatoi Ishmael Kalsakau wurde mit 50 von 52 Stimmen als neuer Premierminister bestätigt. Der neue Premierminister, der in der Vorgängerregierung bereits stellvertretender Premierminister war, wurde ohne Gegenkandidaten von den Politikern gewählt und führt nun eine 30-köpfige Koalition aus fünf Parteien an.

Ishmael Kalsakau von der Partei „*Union of Moderate Parties*“ (UMP) ist ein altgedienter Politiker, der mehrere Jahre lang als Generalstaatsanwalt und dann als Oppositionsführer tätig war. Seit 2020 war er stellvertretender Premierminister in der Regierung von Bob Loughman.

Zum Vize-Premierminister wurde Sato Kilman ernannt.

Mit Gloria Julia King (UMP-Partei) zog erstmals seit 14 Jahren wieder eine Frau ins Parlament ein. Die verheiratete Mutter ist eine erfolgreiche Unternehmerin. King ist erst die sechste Frau, die seit der Unabhängigkeit im Jahr 1980 in das Parlament von Vanuatu gewählt wurde. „*Eine weibliche Stimme im Parlament lässt alle Menschen in*

Vanuatu wissen, dass es dort oben eine weibliche Stimme gibt, die sie vertritt“, sagte King nach ihrer erfolgreichen Wahl.

Dem Wahlergebnis gingen mehr als zwei Wochen Verhandlungen zwischen den gewählten Abgeordneten über die Regierungsbildung voraus, wobei sich zwei politische Blöcke bildeten, die sich um die Führung stritten - der eine wurde vom damaligen Premierminister Bob Loughman, der andere vom ehemaligen Oppositionsführer Ralph Regenvanu ins Leben gerufen.

Mit der Ernennung des Premierministers ging ein dramatisches Kapitel in der Politik Vanuatus zu Ende, nachdem Loughman das Parlament im August 2022 aufgelöst hatte, um ein Misstrauensvotum gegen seine Regierung zu verhindern.

Nach Ansicht der Opposition war die Auflösung des Parlaments verfassungswidrig und unrechtmäßig, doch ein Gericht erklärte die Entscheidung für rechtmäßig und löste damit die vorgezogenen Neuwahlen Mitte Oktober aus. (*ABC Australia* 04.11., 05.11.22, *Marshall Islands Journal* 11.11.22)

Regierung plant Umsiedlung wegen Klimawandelfolgen

Vanuatu plant die Umsiedlung von dutzenden von Dörfern innerhalb der nächsten zwei Jahre, da diese durch den Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind, erklärte der neue Klimaminister des Pazifikstaates, Ralph Regenvanu, Anfang Dezember in einem Interview mit der Presseagentur *Agence-France Press* (AFP).

„*Die klimabedingte Umsiedlung von Dörfern in unmittelbarer Küstennähe ist eine wichtige Regierungsaufgabe in den nächsten beiden Jahren. Wir müssen darauf vorbereitet sein und jetzt planen*“, sagte Regenvanu, der sein Ministeramt nach den vorgezogenen Wahlen im Oktober 2022 übernommen hatte. „*Wir müssen uns bereits heute um eine widerstandsfähige Infrastruktur an den Küsten*

kümmern und z.B. unsere Küstenschutzanlagen wie Deiche oder Wellenbrecher verstärken“, forderte der Minister.

Grund für die geplante Umsiedlung der Menschen in höher gelegene Gebiete sei der klimawandelbedingte Anstieg des Meeresspiegels sowie eine Zunahme von Monsterwellen und Starkstürmen.

Wissenschaftler*innen sagen voraus, dass der Meeresspiegel im Pazifischen Ozean bis zur Mitte des Jahrhunderts um 25 bis 58 Zentimeter ansteigen wird.

Für Vanuatu, wo rund 60 % der rund 300.000 Einwohner*innen innerhalb eines Kilometers von der Küste entfernt leben, ist das eine verheerende Aussicht.

Info: Laut des jährlichen *Welt-Risiko-Index* der Vereinten Nationen gehört Vanuatu zu den Ländern, die am anfälligsten für Naturkatastrophen wie Erdbeben, Sturmschäden, Überschwemmungen und Tsunamis sind.

Der Inselstaat hat bereits Erfahrung mit der Umsiedlung seiner Bevölkerung. Im Jahr 2005 war der melanesische Inselstaat eines der ersten Länder im Pazifik, das eine ganze Gemeinde auf der nördlichen Insel Tegua aus einem überschwemmungsgefährdeten Küstengebiet in höher gelegenes Gebiet umsiedelte.

2017 wurden alle 11.000 Einwohner*innen von Ambae, einer Insel im Norden des Landes, mit einer Armada von Booten auf andere Inseln gebracht, nachdem der Vulkan *Manaro Voui* ausgebrochen war und Felsen und Asche auf die Dorfbewohner*innen regnen ließ.

Info: Im Mai 2022 hatte das Parlament von Vanuatu den Notstand im Zusammenhang mit den regionalen Folgen des Klimawandels ausgerufen. (AFP 03.12.22)

Vanuatu und Tuvalu fordern Vertrag über Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe

Vanuatu hat in der Generalversammlung der Vereinten Nationen (UN) am 23. September 2022 alle UN-Mitgliedsländer aufgefordert, einen Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe (*Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty*) zu schließen, um die Verwendung umweltschädlicher Brennstoffe, die den Klimawandel verschärfen, zu beenden.

„Wir fordern die Ausarbeitung eines Vertrags über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe, um die Kohle-, Öl- und Gasproduktion im Einklang mit der Forderung nach 1,5 °C auslaufen zu lassen und einen globalen gerechten Übergang für alle Gemeinschaften und Nationen zu ermöglichen, die von fossilen Brennstoffen abhängig sind“, sagte der vanuatische Präsident Nikenike Vurobaravu von der *Vanua'aku Pati*.

Bei seiner emotionalen Rede vor den Vereinten Nationen erklärte Vurobaravu: *„Jeden Tag erleben wir mehr Folgen der Klimakrise. Grundlegende Menschenrechte werden verletzt. Wir messen den Klimawandel nicht in Grad Celsius oder Tonnen von Kohlenstoff, sondern in Menschenleben. Diese Notlage haben wir selbst verschuldet. Unsere Jugend hat Angst vor der Welt von morgen, die wir ihr durch die wachsende Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hinterlassen.“*

Der Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe, der von der *„Fossil Fuel Non-Proliferation Treaty Initiative“*, einer globalen Kampagne, die 2019 ins Leben gerufen wurde, entwickelt wurde, zielt auf dieses Ziel ab. Der Vertrag sieht ein *„sofortiges Ende“* der Erkundung und Ausweitung von Kohlereserven, einen fairen Ausstieg, der die Begrenzung der Förderung und die Abschaffung von Subventionen für fossile Brennstoffe beinhaltet, sowie einen gerechten Übergang für alle Gemeinden und Länder vor.

Dem Aufruf Vanuatus vor den Ver-

einten Nationen schloss sich Tuvalu am 8. November bei der Klimakonferenz COP-27 im ägyptischen Sharm El-Sheikh an. Tuvalus Ministerpräsident Kausea Natano sagte auf der Hauptbühne des Plenums: *„Wir alle wissen, dass die Hauptursache für die Klimakrise fossile Brennstoffe sind. Tuvalu hat sich Vanuatu und anderen Nationen angeschlossen und einen Vertrag über die Nichtverbreitung fossiler Brennstoffe gefordert, um die Zukunft unseres Staates auf erneuerbare Energien und einen gerechten Übergang weg von fossilen Brennstoffen auszurichten.“* (The Wire 24.09.22, <https://fossilfuel treaty.org/tuvalu>)

Entwicklung einer Gebärdensprache

Noch gibt es keine offiziell anerkannte Gebärdensprache für Taubstumme auf Vanuatu. Das will die Regierung in den kommenden Jahren ändern. Mit finanzieller Unterstützung durch die Weltbank und die *Global Partnership for Education* reisen derzeit Beamte der Gesundheitsbehörde durch das Land, um Gebärden von Gehörlosen zu sammeln und Gehörlose beim Gebärden verschiedener Wörter zu filmen, die dann in ein Gebärdensprachwörterbuchprogramm hochgeladen und in eine nationale Gebärdensprache umgewandelt werden sollen. Die Gebärdensprache soll den Namen *„Storian wetem han blong Vanuatu“* bekommen, was so viel bedeutet wie „mit den Händen kommunizieren“.

Sobald diese Gebärdensprache entwickelt ist, würde Vanuatu sich Fidschi, Kiribati, Samoa und den Salomonen als pazifische Nationen mit einer nationalen Gebärdensprache anschließen. Derzeit ist Papua-Neuguinea jedoch das einzige pazifische Land, in dem die Gebärdensprache *Auslan-PNG Sign* eine offiziell anerkannte nationale Sprache ist.

Die Regierung hofft, dass *Storian wetem han* im Jahr 2024 landesweit eingeführt werden kann. (Vanuatu Daily Post 13.09.22, The Guardian 04.12.22)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

Print-Ausgabe wird eingestellt

Zum 1. Januar 2023 wird die Print-Ausgabe der landesweit einzigen französischsprachigen Tageszeitung „*Les Nouvelles-Calédoniennes*“ eingestellt. Stattdessen soll täglich von Montag bis Freitag eine digitale Version der beliebten Zeitung im Internet veröffentlicht werden. Außerdem plant man zusätzlich eine wöchentliche Digitalausgabe für alle Abonnent*innen.

Yves Delauw, Direktor der *Melchior-Gruppe*, der die Zeitung gehört, begründete diesen Schritt mit dem sprunghaften Anstieg der Papierpreise, dem Rückzug von Werbepartnern sowie dem Rückgang der Abo-Zahlen. Mit dem Einstellen des Drucks wird auch eine der beiden Druckereien der Melchior-Gruppe in Neukaledonien geschlossen und 16 der 22 Druckerei-Angestellten werden entlassen.

Info: Die Tageszeitung war 1971 von Roger Brissaud und Jean-Paul Leyraud gegründet worden. 1987 übernahm die aus vier Firmen bestehende *Hersant-Gruppe* die Zeitung. 2021 übernahm die Melchior-Gruppe und führte die Zeitung wegen hoher Schulden erfolgreich durch ein Insolvenzverfahren. Bereits im April dieses Jahres hatte sich angekündigt, dass die Zeitung als Print-Ausgabe nicht weitergeführt werden kann. Damals hatte Yves Delauw in einem Interview beklagt, dass die „*Les Nouvelles-Calédoniennes*“ die einzige Zeitung in Neukaledonien sei, die keine staatliche finanzielle Unterstützung erhalte. (*La Correspondance de la Presse* 16.08.22)

Wamytan zum Präsidenten des Kongresses gewählt

Der Unabhängigkeitsbefürworter Roch Wamytan wurde am Dienstag, den 30. August, erneut zum Präsidenten des Kongresses von Neukaledonien gewählt.

Zum vierten Mal seit Beginn der Amtszeit (2019-2024) wurde der 72-jährige (geb. 13.12.1950, Nouméa) aus den Reihen der *UC-FLNKS* (Union Calédonienne) dank der drei Abgeordneten der Partei „*L'Éveil Océanien*“ (EO) gewählt, die zwischen den 26 Abgeordneten der Unabhängigkeitsbewegung und den 25 Abgeordneten der Loyalisten hin- und herwechseln konnten.

Nach seiner Wahl forderte der studierte Wirtschaftswissenschaftler und Betriebswirt Wamytan „*die gewählten Volksvertreter auf, sich verpflichtet zu fühlen (...), die sozialen Ungleichheiten zu verringern, die Wirtschaft anzukurbeln und die Kaufkraft unserer Mitbürger zu steigern.*“

Die Wiederwahl von Roch Wamytan erfolgte zu einem Zeitpunkt, an dem Gespräche mit dem französischen ‚Mutterland‘ aufgenommen werden müssen, um Neukaledonien einen neuen politischen Status zu verleihen, nachdem drei Referenden über die Unabhängigkeit in den Jahren 2018, 2020 und 2021 von den pro-französischen Parteien gewonnen worden waren.

Die beiden Fraktionen der Unabhängigkeitspartei „*Front de libération nationale kanak et socialiste*“ FLNKS (UNI und UC) unterzeichneten bereits im August mit der *L'Éveil Océanien* (EO) ein „*Abkommen über institutionelle Stabilität*“ bis zum Jahr 2024, das auch die Aufteilung von Posten und die Zuweisung von personellen und materiellen Mitteln umfasst. Seit Juli 2021 haben die Unabhängigkeitsbefürworter*innen dank ihres Bündnisses mit der EO auch den Vorsitz der Territorialregierung von Neukaledonien inne. (*Le Figaro* 30.08.22, *Wikipedia*)

† Indigene Romanautorin Déwé Gorodey

Déwé Gorodey, die erste Romanautorin aus Neukaledonien und Vorkämpferin für die Unabhängigkeit, starb am Sonntag, den 14. August, im Alter von 73 Jahren an einer Krebserkrankung im Kran-

kenhaus von Poindimié an der Ostküste von Grande Terre.

Die kaledonische Territorialregierung würdigte eine „*international bekannte kanakische Unabhängigkeitspolitikerin und Schriftstellerin*“, die das Leben der lokalen Exekutive geprägt hat, der sie 20 Jahre lang von 1999 bis 2019 angehörte. In der Regionalverwaltung des französischen Überseegebietes war sie insbesondere für Kultur, Frauen und Sport zuständig. Von April 2001 bis Juni 2009 war sie fast ununterbrochen Vizepräsidentin der Regierung von Neukaledonien.

Die Unabhängigkeitspartei FLNKS würdigte Gorodey als „*eine große Frau mit Herz und Verstand*“, die „*zu allen Zeiten für die Freiheit ihres Volkes und die volle Souveränität ihres Landes gekämpft hat*“. Der Abgeordnete Philippe Dunoyer (*Renaissance-Partei*) bedauerte den Tod „*einer Frau des Geistes, einer starken Frau mit unermüdlichem Engagement*“.

Info: Déwé Gorodey wurde am 1. Juni 1949 in Ponérihouen im Nordosten Neukaledoniens geboren. Sie studierte zwischen 1969 und 1973 Literaturwissenschaften in Montpellier (Frankreich), wo sie sich sowohl dem Schreiben als auch der Politik öffnete und von den Protest- und Befreiungsideen des Mai 1968 geprägt wurde.

1974 kehrte sie nach Neukaledonien zurück und erhielt eine Stelle als Französischlehrerin an einer katholischen Schule in einem Vorort von Nouméa. Gleich nach ihrer Rückkehr engagierte sie sich in den ersten Unabhängigkeitsbewegungen der Kanak und nahm an militanten Aktionen teil, die ihr auch mehrere Gefängnisaufenthalte einbrachten.

Sie war Mitglied der Palika (*Parti de libération kanak*), einer der beiden Arme der FLNKS. Hinter Gittern schrieb sie ihren ersten Gedichtband mit dem Titel „*Sous les cendres des conqués*“, eine Hymne an ihre ozeanische Heimat und Kultur.

Déwé Gorodey ist auch Autorin mehrerer Kurzgeschichtensammlungen, Aphorismen und eines

Theaterstücks. Im Jahr 2005 veröffentlichte die feministische Aktivistin den Roman „L'Épave“, den ersten jemals veröffentlichten Kanak-Roman, der das Tabu des sexuellen Missbrauchs und der Gewalt gegen Frauen bricht.

Gorodey war verheiratet und hat drei Kinder. (*La Croix* 15.08.22, *Wikipedia*)

MIKRONESIEN

Neues Glasfaserkabel für stabiles Internet

Kosrae: Australien, die Förderierten Staaten von Mikronesien (FSM), Japan, Kiribati, Nauru und die USA haben eine Absichtserklärung für die Entwicklung des Projekts „East Micronesia Cable (EMC) System“ unterzeichnet. Das neue Kabelsystem soll Kosrae (Mikronesien), Nauru und Tarawa (Kiribati) mit dem Kabel HANTRU-1 in Pohnpei (Mikronesien) verbinden, wobei die Finanzierung des Projekts von Australien, Japan und den USA übernommen wird.

Frühere Pläne zur Verlegung des 2.000 km langen EMC-Systems, das die drei Länder mit dem Unterseekabel HANTRU-1 zwischen Pohnpei und Guam verbinden sollte - mit einer im April 2018 gesicherten Finanzierung durch die *Weltbank* und die *Asiatische Entwicklungsbank* (ADB) - scheiterten im Dezember 2020, nachdem die US-Regierung die drei Länder vor dem Sicherheitsrisiko gewarnt hatte, das von dem Billigangebot von HMN Tech ausging.

(*Marshall Islands Journal* 09.12.22, www.commsupdate.com/articles/2022/08/12/cable-compendium-a-guide-to-the-weeks-submarine-and-terrestrial-developments/)

Wie umgehen mit dem Klimawandel? – Stimmen aus Palau

Palau: Für die Menschen auf Palau ist der Klimawandel längst kein abstrakter Begriff mehr, sondern trauriger Alltag, der ganz konkrete

Auswirkungen auf das Leben der Bewohner*innen hat und jahrhundertalte Kulturen zerstört. Während der COP-27 in Ägypten zählte Palau daher zu den Ländern, die schnelle und konkrete Maßnahmen von den großen Industrienationen forderten, damit der Klimawandel und seine Folgen verlangsamt werden können. Bereits zum letzten Gipfel in Schottland zeigte sich Präsident Surangel Whipps Jr. frustriert über die zähen Verhandlungen und unverbindlichen Beschlüsse.

Denn während es Flutkatastrophen wie die in Pakistan in die internationalen Schlagzeilen schaffen und weltweit für Entsetzen sorgen, bleiben die dramatischen Folgen des Klimawandels für Inselstaaten wie Palau meist völlig unerwähnt. Und dabei sind sie für die Bewohner*innen nicht minder katastrophal: Taifune, extremer Monsun und der steigende Meeresspiegel sorgen regelmäßig für heftige Überflutungen, die Existenzen gefährden. Unter steigenden Wassertemperaturen im Pazifik leiden nicht nur Meereslebewesen, sondern auch Insulaner*innen, die vom Fischfang abhängig sind und nun mit weniger Ertrag auskommen müssen. Und das alles beschreibt nur einen kleinen Teil der frappierenden Auswirkungen der Erderwärmung, mit denen die Pazifikbewohner*innen kämpfen müssen.

Der frühere Präsident von Palau, Tommy Remengesau Jr., tritt auch noch nach seiner Amtsniederlegung für stärkeren Klima- und Meeresschutz ein. Er weist in einem *Bloomberg*-Interview darauf hin, dass viele Menschen durch die ständige Überflutung und damit einhergehende Versalzung der Böden längst keine Landwirtschaft mehr betreiben können. Die niedrigen Fischfangquoten bedeuten nicht nur eine Gefahr für die Ernährungssituation vieler Insulaner*innen, sondern es geht auch ein Stück palauischer Kultur verloren. Remengesau hofft daher, dass Palau von den Geldern des kürzlich in Ägypten beschlossenen Klimafonds profitieren wird und sich die Bewohner*innen damit besser an den sich beschleunigenden Klimawandel anpassen

können.

Auch Jennifer Koskelin-Gibbons von der *Sports Fishing Association*, einem Anglerverband auf Palau, betont, wie absolut notwendig die Hilfgelder aus dem Klimafonds für einen besseren Küstenschutz wären. Ihr eigener Garten würde regelmäßig überflutet, aber Palau hat laut Koskelin-Gibbons schlicht und einfach nicht die Ressourcen, um in einen effektiven Küstenschutz zu investieren, der das Meer von den Häusern fernhält.

Ann Singeo ist Klimaaktivistin auf Palau und leitet eine Umweltorganisation, die Umweltschutz nach dem Vorbild indigener Praktiken fördert. Die meisten Bewohner*innen Palaus leben im Einklang mit ihrer Umwelt und profitieren von dem Wissen über die Natur, das seit Generationen weitergegeben wird. Doch seit ein paar Jahren sind die Erntezyklen unvorhersehbar geworden. Es wird zunehmend schwieriger, Obst und Gemüse anzubauen, da die immer häufiger auftretenden Stürme die gesamten Erträge plötzlich vernichten können. Laut Singeo sei mittlerweile auch das gesamte marine Ökosystem vor den Küsten Palaus in Gefahr, denn vor allem die Korallen leiden heftig unter den steigenden Wassertemperaturen und sind größtenteils bereits abgestorben.

Kommerzieller Fischfang ausländischer Unternehmen ist auf Palau inzwischen verboten und Fischer*innen dürfen nur noch in einer festgelegten Zone auf Fang gehen. Okada Techitong, Jordan Malsol und Temmy Shmull Jr. gehören der sogenannten *Belau Offshore Fisheries Inc.* an, einer Organisation, die sich um den Schutz der Fischbestände kümmert und darauf achtet, dass das Ökosystem sein Gleichgewicht beibehält. Aber laut den drei Fischern sei es mittlerweile weitaus schwieriger, einen der früher so zahlreich vorhandenen Kaninchenfische, Thunfische oder Seegurken zu fangen. Früher wäre das Wasser vor lauter Fischen fast schwarz gewesen, heute allerdings seien die Riffe weiß und leer.

Auch der Tourismus leidet unter der Umweltkatastrophe. Dermot Keane geht mit Besucher*innen auf Tauchausflüge, für die Palau früher aufgrund seiner prächtigen Korallenriffe berühmt war. Tourismus ist der wichtigste Wirtschaftszweig für die Inseln. Doch der Rückgang der Fischbestände und der Korallen wird langfristig auch die Besucherzahlen reduzieren und die Wirtschaft des Inselstaates hart treffen.

Die Stimmen dieser Menschen fügen sich wie Teile eines Puzzles zusammen und zeichnen ein Bild, das zeigt, wie gefährdet das fragile Ökosystem im Pazifik ist. Dennoch haben die meisten von ihnen die Hoffnung nicht verloren und setzen sich tagtäglich im Kleinen, aber auch auf der großen internationalen politischen Bühne für einen besseren Klima- und Artenschutz ein.

(Ein Feature von Clara Groth, ehemalige Praktikantin in der Pazifik-Infostelle. <https://www.bloomber.com/features/2022-palau-pacific-islands-sea-level-cop27/>)

Militärische Aufrüstung

Guam: Die militärische Aufrüstung auf Guam schreitet zügig voran und das Verteidigungsministerium hat auf einem dreitägigen Kongress Mitte November nächste Schritte ausgearbeitet. Anwesend waren unter anderem auch Unternehmen aus Asien, den USA und den Nördlichen Marianen. Ziel der Konferenz war außerdem eine engere Abstimmung zwischen der Industrie und lokalen Behörden bezüglich des weiteren Ausbaus militärischer Kapazitäten, beispielsweise im Bereich Luftfahrt.

In den kommenden fünf Jahren sollen voraussichtlich 11 Milliarden US-Dollar im Rahmen von militärischen und kommerziellen Projekten nach Guam und in die Pazifikregion fließen. Diese Zusage der US-Regierung bekräftigte auch Guams Gouverneurin Lourdes Leon Guerrero nach einem kurzen Treffen mit Präsident Joe Biden. Die Vereinigten Staaten werden demnach in den kommenden Jahren im Pazifikraum deutlich mehr Engagement und Präsenz zeigen.

Es sind bereits Militäraufträge in Millionenhöhe auf Guam in Auftrag gegeben worden und ab 2025 sollen zusätzlich amerikanische Truppen von Japan nach Guam umstationiert werden. (Artikel von Clara Groth. <https://www.pncguam.com/military-expresses-needs-of-guam/>)

MARSHALL-INSELN

Drei Atolle bekommen Geld

Die „Marshall Islands Marine Resources Authority“ (MIMRA) hat im November über ihre im März 2022 gegründete Abteilung für Marine-schutzgebiete (*Protected Area Network*, PAN) drei Atolle für die Vergabe von Fördergeldern ausgewählt. Im Rahmen des Reimaanlok-Programmes („Looking to the future“) des PAN-Netzwerkes hatten sich die lokalen Verwaltungen der Atolle Namu, Namdrik und Ebon für den jährlichen Zuschuss in Höhe von 20.000 US-Dollar erfolgreich beworben.

Die Lokalverwaltung des Namu Atolls wird das Geld für den Bau einer großen Muschelzuchtanlage verwenden. Damit soll die Ernährung der Bevölkerung des Atolls gesichert werden.

Auf Ebon wird das „*Ebon Jerkal ko Bwinnid Project*“ gefördert. Dieses Projekt will traditionelle Kunsthandwerkstechniken wiederbeleben. Geplant ist, für die Herstellung von verkäuflichem Kunsthandwerk die auf Ebon massenhaft vorkommende Kauri-Muschel zu nutzen. Außerdem sollen wieder junge Männer im Bau traditioneller Auslegerkanus ausgebildet werden.

Auf Namdrik wird das „*NADA Pearl Farm Project*“ unterstützt. Dafür wurde ein Investor gefunden, der eine große Perlenzucht auf dem Atoll aufbauen soll. Über den Verkauf der Perlen will die Bevölkerung Einkommen generieren.

Info: Das Reimaanlok-Programm der marshallischen Regierung hat vier Bereiche, für deren finanzielle Unterstützung sich ganze Atolle oder auch einzelne Projekte bewerben können: 1) Schutz der Meeresgebiete, 2) nachhaltige Bewirtschaftung der Umwelt, 3)

Kapazitätsaufbau und 4) Bildung und Aufklärung der Bevölkerung. (*Marshall Islands Journal* 04.11.22, <http://rmimimra.com/index.php/about-us/rmipan>)

Kostenlose Personalausweise

Als Vorbereitung für die Wahlen im nächsten Jahr hat Innenminister Antari Ebon Mitte Dezember beschlossen, die Gebühren für die Ausstellung eines neuen Personalausweises (*ID Card*) für die Einwohner*innen der Marshall-Inseln zu erlassen. Bis zum 30. Dezember läuft die Bewerbungsfrist für Kandidat*innen, doch auch die potentiellen Wähler*innen müssen sich in das Wahlregister eintragen lassen. Dies geht nur mit einem gültigen Personalausweis.

Der muss beim Police Department in Uliga persönlich beantragt werden. Ältere Bürger*innen, die auf Taxifahrten hin und zurück zum Bürgeramt angewiesen sind, hatten sich bei Präsident Jiba Kabua über die Zusatzkosten beschwert. Mit den Taxikosten plus den Kosten für die Ausstellung eines Ausweises würde das Familienbudget in diesen Zeiten zu stark belastet, erklärten Betroffene. Damit auch ärmere Menschen an den Wahlen teilnehmen können, fiel jetzt die Entscheidung zum Aussetzen der Personalausweis-Gebühr.

Zur weiteren Vereinfachung gab Innenminister Ebon bekannt, dass auch Studierendenausweise und Mitgliedsausweise von Firmen als offizielles Ausweisdokument für den Eintrag in das Wählerverzeichnis anerkannt würden. (*Marshall Islands Journal* 16.12.22)

Neue Direktorin

Die Marshallerin Rhea Medine Moss-Christian (geb. 31. August 1974) ist zur geschäftsführenden Direktorin der Fischereikommission für den West- und Zentralpazifik (*Western and Central Pacific Fisheries Commission*, WCPFC) gewählt worden. Dieses Amt hatte sie bereits von 2014 bis 2018 inne, bevor sie für vier Jahre den Vorsitz

über die Nationale Nuklearkommission der Marshall-Inseln übernahm.

2014 war Moss-Christian die erste Frau im Amt der Vorsitzenden der WCPFC. Nun sind gleich drei Frauen an der Spitze der Fischereikommission. Zur Vorsitzenden des Leitungsgremiums wurde Dr. Josie Tamate aus Niue gewählt, zur stellvertretenden Vorsitzenden Fukuda Takumi aus Japan.

Moss-Christian hat einen Master of Arts in *International Policy Studies* (2005, Stanford University), ein Post-Graduate Certificate in *Diplomatic Studies* (2000, Oxford University) und einen Bachelor of Arts mit Schwerpunkt Politik (1996, University of California Santa Cruz).

Info: Die Fischereikommission für den westlichen und mittleren Pazifik (WCPFC) ist sowohl eine allgemeine als auch eine regionale Fischereiorganisation für Thunfisch, die zur Erhaltung und Bewirtschaftung der Thunfischbestände und anderer weit wandernder Fischarten im westlichen und mittleren Teil des Pazifiks eingerichtet wurde. Zu den Mitgliedern der Kommission gehören neben den Pazifikstaaten alle großen Fischereistaaten aus Europa, Asien und Nordamerika sowie die Philippinen und Indonesien. (*Marshall Islands Journal* 09.12.22, www.wcpfc.int, *Wikipedia*)

Zu wenig Booster-Impfungen

Der Direktor für das Gesundheitswesen, Dr. Frank Underwood, beklagt die niedrige Quote an Booster-Impfungen auf den Marshall-Inseln. Bisher hätten nur 10 % der Bevölkerung ab sechs Monaten die dritte Corona-Schutzimpfung in Anspruch genommen, so der Arzt. Die niedrige Quote stünde im Widerspruch zum Impferfolg bei den ersten zwei Impfungen. Hier hätten über 80 % der Bevölkerung ab einem Alter von sechs Monaten die kostenlosen Schutzimpfungen in Anspruch genommen.

Dr. Underwood rief die Bevölkerung auf, sich umgehend mit den

neuen Impfstoffen impfen zu lassen. Diese wären an die neuen Varianten gut angepasst und seien bereits seit Anfang September auf den Marshall-Inseln verfügbar. Er warnte vor einer neuen Coronawelle und den damit einhergehenden Belastungen für das einheimische Gesundheitssystem.

Info: Auf den Inseln gibt es bis dato 15.547 bestätigte Fälle, 17 Menschen starben.

(*Marshall Islands Journal* 09.12.22, www.worldometers.info/coronavirus/country/marshall-islands/)

Privatschulen schneiden besser ab

Bei dem „*Marshall Islands Standards Assessment Test*“ (MISAT, vergleichbar mit PISA) haben Schüler*innen von (christlichen) Privatschulen besser abgeschnitten als Schüler*innen von staatlichen Schulen.

Der standardisierte Test wird am Ende der neunten Klasse in allen Schulen gemacht und soll Aufschluss geben über den Leistungsstand der Schüler*innen. Die Ergebnisse dienen den Schüler*innen auch als Entscheidungshilfe, ob sie für den Besuch der zehnten und folgenden Klassen auf einer High School geeignet sind.

Der Befähigungsgrad der Schüler*innen aller Schularten lag in diesem Jahr bei 29,7 %, wobei die Schüler*innen aus neun von 14 Privatschulen mit einem weitaus besseren Ergebnis abschnitten. So betrug die Leistungsquote in der „*Ajeltake Christian Academy*“ 59,5%; die „*Majuro Baptist Christian Academy*“ kam auf 49,6%.

(*Marshall Islands Journal* 02.12.22, www.marshallislandsjournal.com/?s=MISAT)

Erstes Mammographie-Gerät

Anfang November hat Gesundheitsminister Jack Niedenthal im *Majuro Hospital* in Delap das erste Mammographie-Gerät auf den Marshall-Inseln eingeweiht. Außerdem übergab der Minister im Namen des Gesundheitsministeriums drei Ultraschallgeräte an das

Krankenhaus.

Das Gesundheitsministerium hatte das Mammographie-Gerät über das Krebsvorsorgeprogramm der Regierung finanzieren können. Die Ultraschallgeräte wurden mit finanzieller Unterstützung des „*Early Childhood Development*“-Fonds der Weltbank angeschafft. (*Marshall Islands Journal* 04.11.22)

Hohe Pfandgelder

Im Fiskaljahr 2022 erhielten Firmen und Privatleute 625.255 US-Dollar durch die Rückgabe von Leergut zurück. Das gab die *Majuro Atoll Waste Company* Mitte Dezember bekannt.

Insgesamt wurden im Steuerjahr 2022 7.191.532 Pfand-Getränkedosen zum Recyclinghof in Majuro zurückgebracht. Außerdem konnten 5.313.588 Plastik-PET-Flaschen recycelt werden. Das sind mehr PET-Flaschen als in den beiden Vorjahren.

Info: Von 2020 bis 2022 hat die *Waste Company* 22.938.989 Aluminium-Getränkedosen, 15.699.998 Plastikflaschen und 164.075 Glasflaschen zurückgenommen. Der Pfandwert betrug für diese drei Jahre insgesamt 1.931.948 US-Dollar. (*Marshall Islands Journal* 16.12.22)

KIRIBATI

Hoffnung für Korallenriffe

Weltweit ist etwa eine halbe Milliarde Menschen von einem Ökosystem abhängig, das von Korallen geschaffen und erhalten wird. In Zeiten des Klimawandels hat es sich der Meeresforscher Enric Sala deshalb zum Ziel gemacht, für ihr Überleben zu kämpfen. Mit einem Team der *National Geographic Society* untersuchte er im Südpazifik, wie geschädigte Korallenriffe sich am schnellsten und effektivsten regenerieren können. Die Forschungsergebnisse präsentierten Sala und sein Team dann den Behörden von Kiribati. Die Regierung reagierte und rief neue Meeresschutzgebiete aus.

Doch die Forscher*innen stellten bald fest, dass sie den Faktor Ozeanerwärmung nicht berücksichtigt hatten, der zwischen 2015 und 2016 die Korallenriffe um etwa die Hälfte dezimierte. Dieses Erkenntnis war zuerst ein großer Schock für die Forschungsgruppe, denn einen weltweiten Temperaturanstieg zu verhindern ist weit aus schwieriger, als sich für Schutzzonen einzusetzen. Bei weiteren Tauchgängen zeigte sich allerdings, dass die Korallenriffe schon bald darauf wieder voller Leben waren. Was war geschehen?

Laut Sala waren zum einen nicht ganz so viele Korallen abgestorben wie ursprünglich angenommen, sondern lediglich geschädigt und konnten sich wieder erholen. Daher blieben trotz der steigenden Wassertemperatur genügend Korallen übrig, um die Reproduktion und Wiederbelebung der Riffe zu unterstützen.

Zum anderen nahmen die Artenvielfalt und die Fischbestände in den Schutzzonen wieder zu und unterstützten die rasche Erholung der Korallen. Denn die vielen Fische fressen die Algen, die sich sonst auf den toten Korallenskeletten absetzen und eine Regenerierung unmöglich machen.

Die Ozeane vor Überfischung zu schützen ist laut Sala daher essentiell, um Ökosysteme widerstandsfähiger zu machen und die Erholung geschädigte Korallenriffe zu fördern. In streng geschützten Gebieten wachsen die Fischpopulationen so rasch an, dass sie über die Grenzen ihrer Gebiete hinausschwappen und dazu beitragen, die umliegenden Fischgründe wieder aufzufüllen. Sie ermöglichen dem Ozean dadurch auch mehr Kohlenstoff einzufangen und zu speichern und tragen letztendlich dazu bei, den Klimawandel abzuschwächen.

Für eine Fischerei mit Zukunft braucht es daher auch eine Fischerei mit Verantwortung, die auf ökologisch nachhaltige Weise Fischfanggebiete verwaltet. Im Zeichen einer meist düsteren Zukunft der Klimaveränderung und des Artensterbens ist das Wiedererwachen der Korallenriffe vor der Küste von Kiribati für Sala und sein

Team deshalb ein Hoffungsschimmer und zeigt, dass der Schutz gefährdeter Arten weitreichende positive Auswirkungen haben kann.

(Artikel von Clara Groth, ehemalige Praktikantin in der Pazifik-Infostelle.

<https://www.npr.org/2022/11/02/1132950728/coral-reef-resurrected-climate-change-bleaching-protection-nat-geo?ft=nprml&f=>)

Alle obersten Richter entlassen

Bis vor wenigen Wochen hatte es am Obersten Gerichtshof von Kiribati noch nie Richter*innen gegeben, die von Geburt an dem Inselstaat angehörten. Alle obersten Richter*innen waren bis zu diesem Zeitpunkt ausländischer Herkunft und keine Staatsbürger*innen von Kiribati. Allerdings trifft das auf viele kleine Staaten zu und so findet man auch in Hongkong, der Karibik und kleineren Ländern in Afrika und Europa Gerichte, die nur mit ausländischen Richter*innen besetzt sind.

Dennoch ist das Phänomen besonders im Pazifik weit verbreitet und vor allem die koloniale Vergangenheit spielt dabei eine Rolle, weshalb die Ernennung ausländischer Richter*innen auf Kiribati regelmäßig zu Konflikten geführt hat. Meistens liegt es jedoch an akutem Personalmangel, wenn Gerichte nicht nur mit inländischen Richter*innen besetzt werden können. Die Richter*innen auf Kiribati kamen bisher meist aus Australien, Neuseeland und gelegentlich auch aus Großbritannien. Sie befassen sich nicht nur mit technischen Rechtsfragen, sondern mitunter auch mit gewichtigen verfassungsrechtlichen Fragen, die politische Auswirkungen haben.

Die mehrheitliche Anwesenheit ausländischer Richter*innen ist auch Teil einer komplexeren Herausforderung, vor der pazifische Nationen stehen, wenn traditionelle und westliche Rechtssysteme aufeinandertreffen und in Einklang gebracht werden sollen.

Nun allerdings hat Kiribatis Präsident Taneti Maamau die fünf hochrangigen ausländischen Richter*innen suspendiert, nachdem

sie mehrere Beschlüsse der Regierung als rechtswidrig zurückgewiesen hatten. Als Antwort bezichtigte Maamau die Richter*innen des „Neokolonialismus“.

Im Zentrum der Krise steht David Lambourne, ein Australier, der 2018 Richter am High Court des Inselstaates wurde. Laut Lambourne sei die Situation erst dann in einen Streit mit der Regierung eskaliert, als seine Frau der Opposition beitrug. Es steht daher nun die Anschuldigung im Raum, dass die Entlassungswelle politisch motiviert war.

Seit September 2022 gab es in Kiribati praktisch kein funktionierendes Verfassungsgericht mehr und erst vor wenigen Wochen wurde die frühere Generalstaatsanwältin Tetiro Semilota als oberste Richterin ernannt. Allerdings führte dies zu einer weiteren Krise, weil durch die Ernennung eines Regierungsmitgliedes die Gewaltenteilung nicht mehr gewährleistet ist.

Mehrere Beobachter*innen äußerten sich besorgt über den Zustand von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auf Kiribati, denn ohne ein unabhängiges oberstes Gericht ist auch das wichtigste politische Kontrollorgan außer Kraft gesetzt. Menschenrechtsorganisationen kritisierten das Vorgehen der Regierung und die UN-Sonderberichterstatterin für die Unabhängigkeit der Richter und Anwälte bezeichnete die Suspendierungen als Schlag gegen die richterliche Unabhängigkeit.

(Artikel von Clara Groth.

*<https://www.theguardian.com/world/2022/oct/30/kiribati-controversy-as-attorney-general-becomes-acting-chief-justice>
<https://www.nytimes.com/2022/11/26/world/asia/foreign-judges-kiribati-pacific.html>)*

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Erste Corona-Welle

Tuvalu: Nachdem es Tuvalu lange gelungen war, die Inselgruppe nahezu Corona-frei zu halten, ist es jetzt zu einem Massenausbruch des Virus gekommen. Mit Stand 13. Dezember sind 2.770 Fälle bestätigt, bis dato gibt es noch kein Todesopfer unter den rund 11.550 Einwohner*innen. Corona wurde auch auf den Außeninseln nachgewiesen, doch die Hospitalisierungsquote bleibt niedrig. Ein Regierungssprecher begründete das mit der hohen Impfquote.

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation gelten 97 % der erwachsenen Bevölkerung als zweifach geimpft und rund 81 % der Einwohner*innen haben bereits die dritte Impfung erhalten.

Die Regierung sah sich trotzdem gezwungen, den nationalen Notstand auszurufen. Dies aber nicht wegen des Corona-Ausbruchs, sondern wegen der langanhaltenden Dürre auf den Inseln. (*Marshall Islands Journal 18.11.22, www.corona-zahlen-heute.de/tuvalu/*)

Treffen der Verteidigungsminister

Tonga: Ende Oktober trafen sich die Verteidigungsminister der pazifischen Inselstaaten zu ihrer traditionellen Jahrestagung in der Hauptstadt Nuku'alofa. Bei den jährlichen Treffen erörtern die Minister regionale Sicherheitsfragen.

Der australische Verteidigungsminister Richard Marles war ebenfalls nach Tonga gereist. Er erklärte, Australien verhandle bereits mit Papua-Neuguinea über einen Verteidigungsvertrag, der eine häufigere Zusammenarbeit der beiden Armeen und der Marine vorsehe. Canberra wolle auch „*unsere Beziehungen*“ zu anderen pazifischen Inseln weiterentwickeln, so Marles

weiter. „*Die pazifische Familie ist stärker, wenn wir gemeinsam reagieren, indem wir die Koordination verstärken, Informationen austauschen und die Interoperabilität zwischen unseren Ländern und unseren Verteidigungskräften verbessern*“, sagte er im Hinblick auf die drei Pazifiknationen, die eigene Armeen unterhalten.

Das Treffen der Minister war geprägt von Diskussionen über den wachsenden Einfluss Chinas in der Region. Man dürfe über der „Angst“ vor China jedoch die anderen drängenden Sicherheitsprobleme für die Pazifikstaaten nicht vergessen, wie etwa den Umgang mit den zunehmenden Naturkatastrophen oder die Maßnahmen zur Umsetzung der „*2050 Strategy for a Blue Pacific*“, hieß es aus der Ministerrunde.

An dem Treffen nahmen die Minister von Australien, Chile, Fidschi, Frankreich, Neuseeland, Papua-Neuguinea und Tonga teil. Der japanische Minister war erstmals als Beobachter zugelassen worden. (*Marshall Islands Journal 21.10.22, Reuters Asia Pacific 17.10.22*)

Ex-Werder-Profi trainiert Kinder

Cook-Inseln: Wynton Rufer, ehemaliger Stürmer beim Fußball-Bundesligisten SV Werder Bremen, wird im Februar 2023 zum wiederholten Mal nach Rarotonga reisen, um dort fußballbegeisterte Kinder zwischen sechs und 12 Jahren zu trainieren und neue Talente zu sichten.

Bei seinem Aufenthalt im November dieses Jahres hatte Rufer bereits einen ersten Fußball-Lehrgang organisiert.

„*Wir haben hier die ganze Woche mit 300 Kindern auf der Insel gespielt, Jungen wie Mädchen. Das, was hier passiert, ist absolute Weltklasse*“, schwärmte er im Gespräch mit der *DeichStube*, dem Nachrichtendienst des SV Werder Bremen.

Der einstige Angreifer von Werder Bremen hat im Südpazifik viel vor. Als talentierter Jungkicker hat er früher selbst gegen Teams aus

Fidschi, Vanuatu oder Papua-Neuguinea gespielt. Rufer fiel dabei auf, dass den Gegnern trotz einer hervorragenden Athletik die richtige Technik sowie eine gute Ausbildung fehlten.

Info: Wynton Alan Whai „Kiwi“ Rufer (geb. 29. Dezember 1962 in Wellington) ist ein neuseeländisch-schweizerischer Fußballtrainer und ehemals aktiver Fußballprofi. Den Spitznamen „Kiwi“ erhielt er aufgrund seiner Herkunft.

Der Sohn eines Schweizers und einer Māori wuchs in Neuseeland auf und begann, bei *Wellington Diamond United* Fußball zu spielen. Bald wurde er in die neuseeländische Nationalmannschaft berufen, wo Talentspäher auf ihn aufmerksam wurden. Rufer wurde im Sommer 1981 nach England zu einem Trainingsspiel eingeladen und erhielt anschließend sofort einen Profivertrag. Nach sechs Monaten in England kehrte Rufer nach Neuseeland zurück, er unterschrieb bei *Miramar Rangers*.

Er bestritt zwischen 1980 und 1997 23 Länderspiele für die *All Whites*, das neuseeländische Nationalteam, und nahm an der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien teil, wobei er in allen drei Spielen zum Einsatz kam.

Im Juli 1982 erhielt er ein Angebot des Schweizer Erstligisten *FC Zürich*. Dort blieb er vier Jahre lang und erzielte in 100 Spielen 43 Tore. 1987 unterschrieb der Stürmer beim *FC Aarau* und ein Jahr später bei *Grasshopper Club Zürich*. Von 1989 bis 1994 spielte Rufer bei *Werder Bremen*, wo er in 174 Bundesligaspielen 59 Tore erzielte, davon 10 durch Elfmeter. Dort gewann er auch unter Trainer Otto Rehhagel 1991 und 1994 zweimal den DFB-Pokal und 1993 die deutsche Meisterschaft. Am 6. Mai 1992 gewann er mit Werder den Europapokal der Pokalsieger. Insgesamt erzielte der Angreifer für Werder 20 Tore in den europäischen Vereinswettbewerben und zwei im DFB-Pokal. 1993/94 wurde Rufer mit acht Treffern gemeinsam mit Ronald Koeman Torschützenkönig der *UEFA Champions League*.

1989, 1990 und 1992 wurde Wyn-ton Rufer jeweils zu *Ozeaniens Fußballer des Jahres* gewählt. Anfang dieses Jahrtausends wurde Wyn-ton Rufer als Ozeaniens bes-ter Fußballer des 20. Jahrhunderts ausgezeichnet. Ab Mai 2014 bis 2015 war er für kurze Zeit Trainer der Fußballnationalmannschaft von Papua-Neuguinea.

Der 59-jährige ist ständig auf der Suche nach jungen Fußball-Talenten. In Auckland (Neuseeland) betreibt er deshalb die Akademie „*WYNYRS (Wynton Rufer Soccer School of Excellence) in Paradise*“. Im kommenden Juli soll erstmals ein großes Fußball-Turnier auf den Cook-Inseln stattfinden. Unterstützung erhält der Ex-Bremer vor Ort von Tim Meyer. Der Norddeutsche ist vor einigen Jahren mit seiner Familie nach Rarotonga ausgewandert, gemeinsam mit seinem früheren Idol schiebt der Fan des *SV Werder Bremen* nun das neue Projekt an. „*Ich bin ja eigentlich Hotelier, aber jetzt als Assistenzcoach von Wynton unterwegs*“, erklärte Meyer. „*Kiwi möchte hier auf Dauer mit den Kindern im Alter von sechs bis zwölf Jahren arbeiten. um ihnen später die Möglichkeit zu geben, in seiner Akademie Fuß zu fassen und über Stipendien ausgebildet zu werden.*“

(www.deichstube.de/news
www.wynrs.co.nz, Wikipedia)

03.12.22,

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI

Hohe Nachfrage nach Daten aus dem Nuklear-Archiv

Frz.-Polynesien: Der Zugang zu den französischen Nuklear-Archiven hat sich im vergangenen Jahr drastisch verbessert. Seit Oktober 2021 haben französische Beamte Tausende von Dokumenten über die Entwicklung und Testung französischer Atomwaffen freigegeben.

Im Gegensatz zu den USA und zu Großbritannien gibt es in Frankreich keine Gesetze zur Informationsfreiheit, die es der Öffentlichkeit

erlauben, Anträge auf Freigabe von Informationen zu stellen. Französische Archive berücksichtigen zwar Anträge auf Sonderzugang („*dérogations*“), aber diese Anträge können keine Überprüfung der Freigabe erzwingen, was ihren Nutzen bei der Bereitstellung von Atomwaffendokumenten für die Forschung sowie die interessierte allgemeine Öffentlichkeit einschränkt hatte.

Deshalb hatte der französische Präsident Emmanuel Macron im Jahr 2021 aufgrund von preisgekrönten journalistischen und wissenschaftlichen Arbeiten über die Entwicklung der französischen Atomwaffen eine umfangreiche Initiative zur Freigabe von bisher geheim gehaltenen Dokumenten in den französischen Archiven gestartet. Allerdings wurde nur der Zugang zu Dokumenten über die französischen Atomwaffentests in Französisch-Polynesien erleichtert, Algerien blieb davon unberücksichtigt.

Es gibt nach wie vor große Lücken im Zugang zu den französischen Nuklear-Archiven, insbesondere zu den Aufzeichnungen aus den ersten Jahren des Waffentestprogramms - als es in Algerien stattfand - und zu den Aufzeichnungen über auswärtige Angelegenheiten.

Trotzdem scheint es einen großen Andrang auf Einsichtnahme in die Nuklear-Archive zu geben, die auf Antrag zugänglich gemacht werden können. Einem Bericht vom Februar 2022 zufolge wurden im Rahmen von Macrons Freigabeprüfung nur 59 von fast 35.000 Dokumenten zurückgezogen, d.h. der Antrag auf Einsicht wurde hier abgelehnt.

Die offiziellen Ursprünge der französischen Deklassifizierungskommission (*Commission d'ouverture des archives des essais nucléaires en Polynésie française*) gehen auf den Juli 2021 zurück. Macron organisierte in Paris einen runden Tisch mit polynesischen Vertretern, darunter der polynesischer Präsident Edouard Fritch, und besuchte die Pazifikinseln. In der Hauptstadt Pape'ete kündigte Macron eine noch nie dagewesene „Öffnung“ der französischen Nukleararchive an und beauftragte sein Verteidi-

gungsministerium, im Oktober 2021 mit der Deklassifizierung zu beginnen.

Die Presse- und Öffentlichkeitsabteilung des französischen Militärs (*Établissement de Communication et de Production Audiovisuelle de la Défense*) hat inzwischen erhebliche Mengen an Fotos und Videos freigegeben und einige davon digitalisiert. Der französische radiologische Überwachungsdienst (*Département de suivi des centres d'expérimentations nucléaires*), der die pazifischen Testgelände im Auge behält, nimmt im Rahmen seiner Beteiligung am Freigabeprozess auch auswärtige Forschungsanfragen entgegen.

Die französischen Nationalarchive haben relevante Dokumente aus den Akten französischer Präsidenten und ihrer Berater, staatlicher Ministerien, bestimmter Gerichte und privater Sammlungen, die von öffentlichen Diensten verwaltet werden, zugänglich gemacht.

Die Abteilung für militärische Anwendungen der französischen Atomenergiekommission (CEA-DAM) unterhält ihre eigenen Archive, erklärte sich jedoch bereit, sich mit der Deklassifizierungskommission abzustimmen. In einem parallelen Prozess hat die CEA-DAM Dutzende von Textdokumenten sowie Fotos und Videos freigegeben. Die Textdokumente, die lange Zeit für die Forschung tabu waren, sind nun über ein Portal des französischen Verteidigungsministeriums kostenlos online verfügbar.

Hier geht es zu dem Portal:

<https://www-dam.cea.fr>

(*Bulletin of the Atomic Scientists* 16.09.22,
www.memoiredeshommes.sga.defense.gouv)

Regierung will Tourismus begrenzen

Frz.-Polynesien: Die Territorialregierung von Französisch-Polynesien will zukünftig die Anzahl der Tourist*innen pro Jahr auf 280.000 Menschen limitieren. Mehr könnten die Inseln derzeit noch nicht verkraften, hieß es, nachdem der Tourismussektor während der Corona-Pandemie zu einem abso-

luten Stillstand gekommen war und viele Betriebe in Hotel und Gastronomie pleitegingen. Das Ziel der Begrenzung von Tourist*innen auf eine Höchstzahl sei auch, von einem „Massentourismus“ und einem „Über-Tourismus“ wegzukommen und den Sektor nachhaltiger und umweltfreundlicher zu gestalten.

Der von der Regierung vorgelegte neue Fünf-Jahres-Plan mit dem Titel „*Fāri'ira'a Manihini 2027*“ zur Weiterentwicklung des Tourismussektors sieht vor, höherwertigere Angebote für weniger Menschen anzubieten. Statt Massentourismus wolle man auf kleine Inhaber-geführte Geschäfte setzen, Öko-Tourismus-Betriebe besser unterstützen und vor allem weniger und kleinere Kreuzfahrtschiffe annehmen. Man wolle weg von den Mega-Kreuzfahrtschiffen und stattdessen den Markt für kleinere und mittlere Schiffe mit einer Kapazität von bis zu 700 Personen ausbauen.

Im Rahmen des Plans *Fāri'ira'a Manihini* will die Regierung „*die verschiedenen Arten von Besuchern diversifizieren und es ermöglichen, das Wirtschaftswachstum mit dem Schutz der Umwelt, der Lebensqualität der Bevölkerung und der Wertschätzung unseres Erbes in Einklang zu bringen*“.

Info: In Vor-Corona-Zeiten lag der Besucherrekord bei 299.518 Besuchenden pro Jahr. 2021 kamen nach der Öffnung der Grenze im Sommer rund 90.000 Besucher*innen auf die Inseln.

(*Marshall Islands Journal* 18.11.22, www.edition.cnn.com/travel/article/french-polynesia-tahiti-tourist-cap/index.html)

Brite wird Bürgermeister

Pitcairn: Der 57-jährige Simon Young ist neuer Bürgermeister von Pitcairn. Young lebt mit seiner Frau Shirley seit 22 Jahren auf Pitcairn. Er ist der erste „Ausländer“ im Amt des Bürgermeisters, denn er stammt gebürtig aus Pickering in der britischen Grafschaft North-Yorkshire. Dort arbeitete er bei der *Royal Air Force* der britischen Streitkräfte, bevor er 1992 erstmals die Insel besuchte und sich dort im

Jahr 2000 mit seiner Frau niederließ.

Young wird jetzt eine Gruppe von vier Inseln vertreten, von denen nur eine bewohnt ist.

Gegenüber der Zeitung „*The Times*“ sagte der neue Bürgermeister, dass die Gemeinde der Insel sich auf Umweltfragen und Tourismus konzentrieren wolle. Derzeit werde ein Meeresforschungszentrum zur Überwachung des Klimawandels gebaut.

Seit der Corona-Pandemie haben nur drei Kreuzfahrtschiffe die Insel besucht - allerdings wurde russischen Schiffen kürzlich auch das Anlaufen untersagt. (*The Times* 19.11.22, *The Yorksire Post* 19.11.22)

Schnelles Internet jetzt verfügbar

Pitcairn: In Kürze sind die Einwohner*innen der isoliert gelegenen Insel Pitcairn im süd-östlichen Pazifik an das so genannte *Starlink-Projekt* von Tesla-Gründer Elon Musk angeschlossen. Dieses riesige Satellitennetzwerk bietet das Hochgeschwindigkeitsinternet an, so dass die knapp 50 Einwohner*innen zukünftig auch Filme streamen und datenstarke Dateien herunterladen können.

Bis dato verfügten alle Haushalte der Insel nur über Satelliteninternet, das jedoch teuer ist und nur langsame Geschwindigkeiten ermöglicht.

Deshalb mussten die Behörden von Pitcairn das Internet für den Rest der Bevölkerung abschalten, um genügend Bandbreite für die Durchführung von Gerichtsverhandlungen per Videokonferenz zu haben.

Die Anbindung an das schnelle Internet war der ultimative Test für das SpaceX-Unternehmen des 51-jährigen US-amerikanischen Milliardärs, denn die Infrastrukturingenieure waren unsicher, ob die Technologie im britischen Überseegebiet, das 5.333 km östlich von Neuseeland entfernt liegt, funktionieren würde.

Das Projekt kam zustande, als ein Mitarbeiter des britischen Hoch-

kommissariats in Neuseeland eine Umfrage zur Kundenzufriedenheit ausfüllte und in den Kommentaren die Verbindungsprobleme von Pitcairn erwähnte.

Das war die Gelegenheit für Elon Musks Firma *Starlink*, die neuen Laserverbindungen, mit denen die Abdeckung abgelegener Orte verbessert werden soll, zu prüfen. Bisher war die Abdeckung nur in einem Umkreis von einigen hundert Meilen um eine SpaceX-Bodenstation möglich, da ein Satellit in der Lage sein musste, gleichzeitig mit einer Schüssel und der Station zu „sprechen“. Wenn der Satellit nun keine Bodenstation erreichen kann, stellt er eine Verbindung zu einem anderen Satelliten her und leitet die Daten hin und her. Dies erhöht die Internetgeschwindigkeit und verringert die Latenzzeit.

Die Ausrüstung für die Installation des schnellen Netzes wurde mit dem Versorgungsschiff *Silver Supporter* kostenlos nach Adamstown, der Hauptstadt der Insel, gebracht. Die Inselbewohner*innen konnten die Terminals selbst installieren und die Satellitenschüsseln ausrichten, das System ist jetzt betriebsbereit.

Im Moment ist *Starlink* für die Inselbewohner*innen noch kostenlos. Es wird erwartet, dass es den Handel ankurbelt - die Inselbewohner*innen sind auf Einkommen aus dem Export von lokal produziertem Honig, Trockenobst, Seife, Kaffee, Kunst und Souvenirs angewiesen, die online über Internet-Shops und an vorbeifahrende Kreuzfahrtschiffe verkauft werden.

„*Schnelles und zuverlässiges Internet wird das Leben auf der Insel erheblich verbessern, wenn es erst einmal vollständig eingeführt ist*“, erklärte Alasdair Hamilton, stellvertretender Gouverneur von Pitcairn. (*The Stuff New Zealand* 23.11.22)

Feuer zerstört Moai-Steinstatuen

Rapa Nui: Ein Feuer hat auf der chilenischen Osterinsel (Rapa Nui) irreparable Schäden an vielen Moai-Statuen verursacht. Das Feuer verbrannte etwa 250 Hektar auf der Osterinsel, teilte die *Municipalidad de Rapa Nui* (Bürgermeisteramt) am 5. Oktober in einer Pressemitteilung mit. Das Feuer brannte durch den Rano Raraku-Krater, ein Gebiet mit Feuchtgebieten und zahlreichen Moai-Statuen. Eine unbestimmte Anzahl von Moais wurde durch das Feuer verbrannt und irreparabel beschädigt, so die Behörden in einer weiteren Pressemitteilung. Einige Schäden sind an den Statuen deutlich sichtbar, aber die Beamten auf der Insel im südöstlichen Pazifischen Ozean befürchten, dass die vollen Folgen noch weitreichender sind. Das Ausmaß der Katastrophe wird noch untersucht, so die Beamten. Im Rano Raraku-Krater befinden sich rund 30 Moai-Statuen.

Der Bürgermeister von Rapa Nui erklärte gegenüber des Lokalsenders „*Radio Pauta*“, dass das beispiellose Feuer vermutlich von Menschen verursacht wurde und fügte hinzu, dass bei der Brandbekämpfung nicht genügend Menschen und Mittel eingesetzt wurden, um die Statuen der Osterinsel ausreichend zu schützen. Er beschuldigte die lokalen Landwirte, regelmäßig Grasland für die Weidewirtschaft abzubrennen. Dabei sei vermutlich ein Brand außer Kontrolle geraten.

Der US-amerikanische Fernsehsender CNN berichtete hingegen, das Feuer sei durch den Ausbruch eines Vulkans auf der Insel verursacht worden. *[Anmerkung der Redaktion: Es gibt keine aktiven Vulkane auf Rapa Nui.]*

Die Moai-Statuen, die unter der Erde begraben oder teilweise begraben waren, waren vor dem Feuer geschützt, erklärte Bürgermeister Pedro Edmunds Paoa, aber alle Statuen an der Oberfläche seien durch das Feuer beschädigt worden. Laut der Website des Parks befinden sich die verbrannten Statuen im *Rapa Nui Na-*

tional Park. Der Park beherbergt 887 Moai-Statuen und 300 Zeremonialplattformen, die über die ganze Insel verteilt sind.

Ariki Tepano, Direktor der Gemeinde Ma'u Henua, die für die Verwaltung und Instandhaltung des Parks zuständig ist, bezeichnete die Schäden als „irreparabel“. *„Die Moai sind völlig verkohlt und man kann die Auswirkungen des Feuers auf sie sehen“*, sagte er. *(The Guardian und Miami Herald 07.10.22, Facebook-Post Bürgermeisteramt 05.10.22)*

HAWAI'I

Versicherungsschutz für Korallenriffe

Der US-amerikanische Bundesstaat Hawai'i hat die erste Korallenriff-Versicherung in den Vereinigten Staaten von Amerika (USA) abgeschlossen. Mit den Geldern aus der Police sollen die finanziellen Mittel für den Erhalt der Ökosysteme zur Verfügung gestellt werden. Auch andere Inselstaaten scheinen an einem solchen Angebot interessiert zu sein.

Bis vor einigen Jahren fristeten so genannte parametrische Deckungen eher ein Nischendasein. Heute sind sie durch den verstärkten Einsatz von Analytics-Verfahren Vorreiter, wenn es darum geht, Versicherungslücken zu schließen. Dies zahlt sich besonders in unterversicherten Regionen mit vielen wetterbedingten Risiken aus.

Jüngstes Beispiel ist die parametrische Versicherung für Hawai'is Korallenriffe. Das Versicherungsprodukt hat die Unternehmensberatung WTW in Zusammenarbeit mit der Umweltschutzorganisation *The Nature Conservancy* jetzt erstmals in den Vereinigten Staaten eingeführt. Die Police dazu wurde vom Rückversicherer *Munich Re* bereitgestellt.

Info: Parametrische Versicherungen gelten als Retail-Produkte mit einem einfachen und schnellen Auszahlungsprozess. Generell regulieren sie Schäden, die auf einer einfachen vordefinierten Messgrö-

ße basieren. Die Auszahlung hängt vom Auftreten eines auslösenden Ereignisses, Triggering Event genannt, ab und ist unabhängig vom tatsächlich erlittenen Schaden.

Auf Hawai'i ermöglicht die parametrische Versicherung einen Schutz zur Finanzierung von Reparaturen nach Sturmschäden an Korallenriffen und erleichtert die Notfallversorgung. Die parametrische Versicherung für tropische Wirbelstürme kann bei Windgeschwindigkeiten von 50 Knoten ausgelöst werden, wenn sie nahe genug an Riffen auftreten.

Verschiedene Geldgeber, darunter die *Bank of America Foundation* und die *Howden Group Foundation*, unterstützen die Einführung der parametrischen Riffversicherung auf Hawai'i. Diese soll bereits während der Hurrikansaison 2023 in Kraft treten.

(Versicherungswirtschaft Heute 23.11.22, www.handelszeitung.ch/insurance/munich-re-unterstutzt-neu-parametrische-versicherung-fur-korallenriffe-auf-hawaii-548633)

Doppel-Vulkanausbrüche

Der Vulkan *Mauna Loa*, der weltweit größte aktive Vulkan, und der Vulkan *Kilauea* sind Ende November auf der Insel Big Island (Hawai'i) ausgebrochen.

Da zu dieser Jahreszeit normalerweise nur der *Kilauea* aktiv ist und sich die Einwohner*innen von Big Island bereits auf das jährliche Spektakel eingestellt hatten, ist die überraschende Doppeleruption mit dem seit fast 40 Jahren ruhenden Vulkan *Mauna Loa* ein besonderes Ereignis für die Bevölkerung.

Das große Interesse an diesem Naturereignis birgt jedoch ein hohes Sicherheitsrisiko. Acht Tage nach dem Ausbruch des *Kilauea* trennten die glühende Lava und den *Daniel K. Inouye Highway* nur noch knappe drei Kilometer voneinander. Dieser wichtige Highway verbindet den Westen der Insel mit dem Osten. Umliegende Ortschaften seien weiterhin nicht in Gefahr, hieß es.

Beamte des Zivilschutzes auf Hawai'i äußerten sich jedoch besorgt

über die schaulustigen Einheimischen und die eigens angereisten Tourist*innen, die mit ihren Autos Rettungswege blockierten und trotz Warnungen in die Gefahrenzone liefen. Der Gouverneur von Hawai'i, David Ige, aktivierte die hawaiische Nationalgarde, um bei der Verkehrskontrolle und anderen Aufgaben im Zusammenhang mit den Vulkanausbrüchen zu helfen. (Daily Mail 06.12.22, Travel Industry 09.12.22)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Regierung plant neue Agrarabgabe

Die neuseeländische liberale Labour-Regierung hat Anfang Oktober vorgeschlagen, die Treibhausgase, die Nutztiere beim Rülpsen, Pupsen und Pinkeln produzieren, als Teil eines Plans zur Bekämpfung des Klimawandels zu besteuern.

Die Hälfte der Treibhausgasemissionen stammt in Neuseeland aus der Landwirtschaft. Die Nutztiere produzieren Gase, die den Planeten erwärmen, insbesondere Methan aus dem Rülpsen von Rindern und Distickstoffoxid aus ihrem Urin.

Die Regierung erklärte, die neue geplante „Agrarabgabe“ sei eine „Weltpremiere“. Die Landwirte sollten in der Lage sein, die Kosten durch höhere Preise für klimafreundliche Produkte wieder herinzuholen, hieß es. Der von der Regierung vorgeschlagene Plan sieht vor, dass die Landwirte ab 2025 für die Emissionen ihrer Tiere zahlen müssen, wobei die Preisgestaltung noch nicht endgültig festgelegt ist.

Die neuseeländische Landwirte-Vereinigung äußerte sich zutiefst entsetzt über die geplante Abgabe. *Federated Farmers*, die wichtigste Lobbygruppe der Branche, sagte, der Plan würde „den Kleinstädten Neuseelands die Eingeweide herausreißen“ und Farmen durch Bäume ersetzen.

Der Präsident von *Federated Farmers*, Andrew Hoggard, erklärte, dass die Landwirte seit mehr als

zwei Jahren versucht hätten, mit der Regierung an einem Plan zur Emissionsreduzierung zu arbeiten, der die Nahrungsmittelproduktion nicht beeinträchtigen würde. Die Verhandlungen seien in seinen Augen gescheitert. „*Unser Plan war es, die Landwirte in der Landwirtschaft zu halten*“, sagte Hoggard. Stattdessen, so Hoggard, würden die Landwirte ihre Höfe „so schnell verkaufen, dass man nicht einmal das Bellen der Hunde auf der Ladefläche des Pickups hört, wenn sie wegfahren“.

Info: Die neuseeländische Landwirtschaft ist für die Wirtschaft des Landes überlebenswichtig. Milchprodukte, die unter anderem für die Herstellung von Säuglingsnahrung in China verwendet werden, sind der größte Exportschlager des Landes.

In Neuseeland leben nur fünf Millionen Menschen, aber etwa zehn Millionen Rinder und Milchkühe sowie 26 Millionen Schafe. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Treibhausgasemissionen zu reduzieren und das Land bis 2050 kohlenstoffneutral zu machen. Teil dieses Plans ist die Zusage, die Methanemissionen von Nutztieren bis 2030 um 10 % und bis 2050 um bis zu 47 % zu reduzieren. (AP New Zealand 11.10.22, Wikipedia)

Gesetz zur Rauchfreiheit verabschiedet

Das neuseeländische Repräsentantenhaus hat am 12. Dezember über den „*Smokefree Aotearoa 2025 Action Plan*“ abgestimmt und diesen positiv beschieden. Das Gesetz tritt bereits im Januar 2023 in Kraft.

Die stellvertretende Gesundheitsministerin, die Ärztin Ayesha Verrall, hat die Entwicklung des Aktionsplans *Smokefree Aotearoa 2025* geleitet, der Neuseeland zum ersten Land der Welt machen könnte, das den Status „rauchfrei“ erreicht. „Rauchfrei“ bedeutet, dass unter 5 % der erwachsenen Bevölkerung regelmäßig zum Glimmstängel greift.

Der bereits im Dezember 2021 vorgestellte Plan sieht drei radikale Maßnahmen vor. Eine davon, die so genannte „Strategie für eine rauchfreie Generation“, sieht vor, dass der Verkauf von brennbaren Tabakerzeugnissen an Personen, die 2009 oder später geboren wurden, ganz verboten wird. Ziel ist es, eine immer größer werdende Kohorte zu schaffen, die nie mit dem Rauchen begonnen hat. Eine zweite Bestimmung sieht vor, die Zahl der Tabakwarengeschäfte um bis zu 95 % zu reduzieren, um die Beschaffung von Zigaretten zu erschweren. Der kühnste Vorschlag ist in den Augen der Experten die Senkung des Nikotingehalts von Zigaretten auf ein Niveau, das nicht süchtig macht. Dies „trifft genau den Kern dessen, warum Menschen überhaupt rauchen“, sagte Geoffrey Fong, Leiter des *International Tobacco Control Policy Evaluation Project* an der University of Waterloo. Es ist möglicherweise ein „echter Wendepunkt im Kampf gegen das Rauchen“.

Ministerin Verrall betonte, wie wichtig alle drei Maßnahmen sind. „*Es gibt nicht das EINE Patentrezept, mit dem wir den Tabakkonsum bekämpfen können*“, sagte sie. „*Aber alle sind wissenschaftlich untermauert. Die Wirksamkeit der Denikotinisierung ist in klinischen Studien gut belegt*“, erklärte Verrall weiter. Die Forschung habe auch gezeigt, dass die Umkehrung der derzeitigen Häufung von Tabakwarengeschäften in armen Vierteln das Rauchen unter jungen Menschen verringern und es Rauchern erleichtern wird, mit dem Rauchen aufzuhören. Verrall ist davon überzeugt, dass Neuseeland mit diesen beiden Strategien das Ziel der Rauchfreiheit in den nächsten Jahren erreichen kann.

Hintergrund: Neuseeland ist bereits ein Vorreiter bei der Bekämpfung des Tabakkonsums, der weltweit jährlich acht Millionen Todesopfer fordert. Es gehörte zu den ersten Ländern, die 1990 das Rauchen an Arbeitsplätzen in geschlossenen Räumen und 2004 in Bars und Restaurants verboten hatte. Die Steuern auf Zigaretten sind seit 2010 um 165 % gestiegen. In Auckland kostet eine

Schachtel Marlboros 35 neuseeländische Dollar, in New York City nur 14 Dollar. Die Zigarettenschachteln sind mit Bildern von kranken Lungen und Herzen und Warnhinweisen versehen. Der Ausstieg aus dem Rauchen und die Akzeptanz des Dampfens als alternative Nikotinquelle werden umfassend unterstützt. Diese Bemühungen haben Neuseeland eine der niedrigsten Raucherquoten unter den Industrienationen beschert: Nur noch 10,9 % der Erwachsenen rauchen. Dennoch ist der Tabakkonsum in Neuseeland immer noch die Hauptursache für vermeidbare Todesfälle und Krankheiten. Rauchbedingte Krebserkrankungen, Schlaganfälle und Herzkrankheiten fordern in einem Land mit 5,1 Millionen Einwohner*innen jährlich rund 5.000 Menschenleben.

Die Māori, von denen 22,3 % rauchen, sind unverhältnismäßig stark von der Gesundheitsbelastung betroffen. Die Kluft beim Rauchen führt zu starken gesundheitlichen Ungleichheiten. Die Lebenserwartung der Māori liegt bei nur 73,4 Jahren für Männer und 77,1 Jahren für Frauen; bei den ‚Kiwis‘ europäischer Abstammung sind es 81 bzw. 84,5 Jahre.

(www.science.org/content/article/final-puff-can-new-zealand-quit-smoking-good)

Einwanderung für Fachkräfte erleichtert

Neuseeland hat zum 15. Dezember ausländischen Krankenschwestern und Hebammen eine sofortige Aufenthaltsgenehmigung angeboten. Grund ist der eklatante Mangel an medizinischem Personal. Die Fachkräfte können ab sofort einreisen. Außerdem wird es ein Arbeitsvisum für bestimmte Zwecke geben, mit dem etwa 2.500 „kritische“ Arbeitskräfte bis zu drei Jahre im Land bleiben können, sowie ein 12-monatiges offenes Arbeitsvisum für die etwa 1.800 Personen, die ein Arbeitsvisum für die Zeit nach dem Studium erhalten hatten, aber bei der Schließung der Grenze wegen der Corona-Pandemie nicht berücksichtigt wurden.

Premierministerin Jacinda Ardern

erklärte, dass die sofortigen Änderungen im Einwanderungssystem dazu führen, dass Fachkräfte nun eine beschleunigte Aufenthaltsgenehmigung erhalten können.

Die *New Zealand Nurses Organisation* schätzt, dass das Land etwa 4.000 weitere Krankenschwestern benötigt. Anfang dieses Jahres hatte Gesundheitsminister Andrew Little erklärt, dass Neuseeland allein Hunderte von Krankenpflegern für psychische Erkrankungen benötigt.

Die Änderung der Einwanderungsbedingungen wurde von der Opposition kritisiert. *„Die Regierung hätte Krankenschwestern mit Migrationshintergrund schon vor einem Jahr eine zügige Aufenthaltsgenehmigung erteilen müssen“*, erklärte die Sprecherin für Einwanderung der *National Party*, Erica Stanford. *„Die Regierung hat den Mangel an Fachkräften viel zu spät erkannt“*, so Stanford weiter.

Info: Neben dem Pflegepersonal wurden auch Fachärzte in die so genannte „Grüne Liste“ aufgenommen, die es Fachkräften in schwer zu besetzenden Positionen ermöglicht, eine zügige Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten. Zehn weitere Berufe wurden in diese „Grüne Liste“ aufgenommen, darunter Berufe im Gesundheits-, Bildungs- und Bausektor, um die Zahl der Fachkräfte auch in diesen Bereichen im Land zu erhöhen. Bus- und LKW-Fahrer sollen ebenfalls von befristeten Einreisegenehmigungen profitieren.

Das Gesundheitsministerium bewirbt auf seiner Homepage die Jobmöglichkeiten für Krankenschwestern und andere Fachleute und preist die Vorzüge eines Umzuges an. Neuseeland sei der *„beste Ort zum Leben, Arbeiten und Spielen“*.

Die Arbeitslosigkeit in Neuseeland liegt bei nur 3,3 Prozent, nur 97.000 Menschen sind derzeit ohne Arbeit und suchen einen Job.

(newsinfo.inquirer.net/1704273/new-zealand-offers-nurses-residency-to-meet-shortfall 12.12.22, www.health.govt.nz/our-work/nursing/nurses-new-zealand/working-nurse-new-zealand, Radio NZ Intern. 12.12.22, www.skillshortages.immigration.govt.nz/register-nurse-medical/)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

UPR-Verfahren zu Indonesien abgeschlossen

Indonesien: Am 9. November 2022 wurde die Situation der Menschenrechte in Indonesien im Rahmen des *Universal Periodic Review-Verfahrens* (UPR) des UN-Menschenrechtsrates überprüft.

In seinem nationalen Bericht für das diesjährige UPR-Verfahren hob Indonesien seine Erfolge beim Schutz der Menschenrechte inmitten der COVID-19-Pandemie, bei der Verabschiedung menschenrechtsfreundlicher Gesetze und bei der Unterstützung von Minderheitengruppen hervor. Andere UN-Mitgliedstaaten äußerten sich hingegen zu einer Vielzahl menschenrechtlicher Defizite in Indonesien. Insgesamt gaben 107 Staaten 291 Empfehlungen ab, darunter auch folgende Pazifikstaaten: Marshall-Inseln, Neuseeland, Vanuatu und Australien.

Die Staaten empfahlen unter anderem, internationale Menschenrechtsverträge und/oder ihre Zusatzprotokolle zu ratifizieren, Strafrechtsbestimmungen zu überarbeiten, die Todesstrafe abzuschaffen, den Rechtszugang für alle zu gewährleisten, den Dialog mit der Zivilgesellschaft zu stärken, LGBTIQ+-Rechte zu stärken, Menschenrechtsverletzungen umfassend und zeitnah zu untersuchen, Menschenrechtsverteidiger*innen nicht zu verfolgen und die Meinungs- und Versammlungsfreiheit für alle im Land zu garantieren.

Insgesamt acht Staaten (Marshall-Inseln, Niederlande, Vanuatu, Kanada, USA, Neuseeland, Slowenien und Australien) gaben auch explizite Empfehlungen zu der Situation in Westpapua ab. In ihren Empfehlungen wurde vermehrt der Besuch des OHCHR in Westpapua thematisiert, ein inklusiver Dialog mit den Papuas gefordert, die Verantwortung zum Schutz der Ver-

sammelungs-, Rede-, Meinungs- und Pressefreiheit sowie der Rechte von Frauen und Minderheiten in Westpapua angesprochen, keine Straffreiheit für Menschenrechtsverletzungen durch Sicherheitskräfte und eine transparente Untersuchung dieser Verletzungen gefordert und der Zugang für unabhängige Beobachter*innen nach Westpapua genannt.

Die Marshall-Inseln gaben z.B. folgende zwei Empfehlungen ab: 1) *Respect, promote and protect the human rights of all indigenous peoples in West Papua, by ensuring their right to self-determination through inclusive dialogue (Marshall Islands #1);* 2) *Work closely with the OHCHR to commence a visit to West Papua by the High Commissioner in response to calls from the Pacific Islands Forum and the Organization of African, Caribbean and Pacific States (Marshall Islands #2).*

Australien forderte unabhängige internationale Beobachter*innen ein: *„Finalise investigations of all human rights violations in Indonesia, including in Papua and ensure access including by credible independent observers (Australia #4).“*

Menschenrechtsaktivist*innen aus Indonesien kritisierten, dass Indonesien keine umfassenden Angaben zu der Menschenrechtssituation in Westpapua im Rahmen des UPR-Verfahrens gemacht habe und besonders die Realität in Westpapua weiterhin noch oft eine andere sei. Das aber neun Staaten explizit Papua in ihren Empfehlungen und Fragen erwähnt haben, sei ein Zeichen dafür, dass die internationale Gemeinschaft sich der Situation in Westpapua bewusst sei.

Auch die UN kritisierte in ihrem OHCHR-Report die Menschenrechtssituation in Westpapua im Rahmen des UPR-Verfahrens. Die Grundlage dieses Berichts bildeten verschiedene UN-Berichte.

Eine Reihe von Sonderberichterstatter*innen äußerte sich demnach ernsthaft besorgt über die sich *„verschlechternde Menschenrechtssituation in den indonesischen Provinzen Papua und Papua Ba-*

rat“ und verwies auf schockierende Übergriffe gegen die indigene Bevölkerung Papuas, darunter die Ermordung von Kindern, das Verschwindenlassen von Menschen, Folter und die Massenvertreibung von Menschen. Sie forderten dringenden Zugang für humanitäre Hilfen in die Region und forderten die indonesische Regierung auf, vollständige und unabhängige Untersuchungen der Übergriffe auf die indigene Bevölkerung durchzuführen.

Das Länderteam der Vereinten Nationen erkannte die Komplexität der Situation in Papua an, die seit Dezember 2018 angesichts der Zusammenstöße mit bewaffneten Gruppen und der laufenden Sicherheitsoperationen keine Anzeichen einer Verbesserung gezeigt hat, und forderte erneut, die Bemühungen zu verstärken, um die langwierigen und schwerwiegenden Probleme in der Region Papua anzugehen.

Das Länderteam der Vereinten Nationen äußerte sich besorgt über die gemeldeten Online-Überwachungen und Cyberangriffe gegen Menschenrechtsverteidiger, Studierende, zivilgesellschaftliche Organisationen sowie Journalisten und Medien, die während der sozialen Unruhen in Papua im Jahr 2019 in Verbindung mit der Abschaltung des Internets und der Aussetzung mobiler Datendienste in bestimmten Gebieten besonders deutlich zu Tage getreten waren. Es äußerte sich auch besorgt über die Rechte und den Schutz von Menschenrechtsverteidigern, einschließlich Umweltschützern, in Papua tätigen Personen und Anwälten, die ihre Fälle verteidigen, die routinemäßigen und schwerwiegenden Schikanen, Einschüchterungen, Überwachungen, physischen Angriffen und Kriminalisierung aufgrund zweifelhafter Anklagen wegen Verbrechen gegen den Staat ausgesetzt sind.

Laut UN-Bericht kam es weiterhin zu *„erheblichen Übergriffen gegen indigene Papuas, darunter außergerichtliche Tötungen, Verschwindenlassen, willkürliche Verhaftungen und Inhaftierungen, Folter und unmenschliche Behandlung in Po-*

lizeigewahrsam. Die zunehmende Gewalt zwischen den Sicherheitskräften und bewaffneten Gruppen hatte Berichten zufolge zu einer erheblichen und erzwungenen Vertreibung von Tausenden von indigenen Papuas geführt, von denen die meisten in den Wäldern verblieben, ohne dass sie rechtzeitig Zugang zu angemessener Nahrung, Gesundheitsversorgung oder Bildungseinrichtungen hatten.“

„Die Verlängerung des Gesetzes über die Sonderautonomie für Papua bis zum Jahr 2041 und die Pläne zur Schaffung neuer Provinzen in Papua, die Berichten zufolge ohne echte und sinnvolle Konsultation der papuanischen Institutionen oder Gemeinschaften erfolgten, hatten die Spannungen weiter verschärft, wie die politischen Proteste zeigten, von denen einige zu Tötungen und Massenverhaftungen von Demonstranten führten“, heißt es weiter.

Das Länderteam der Vereinten Nationen begrüßte zwar verschiedene Schritte der Regierung zur Bekämpfung der Straflosigkeit und der Rechenschaftspflicht, darunter die Einleitung von Untersuchungen über die mutmaßliche übermäßige Gewaltanwendung durch indonesische Sicherheitskräfte in den Bezirken Nduga, Pegunungan Bintang und Intan Jaya im Zeitraum von 2020 bis 2021, stellte jedoch mit Besorgnis fest, dass die Ergebnisse noch nicht veröffentlicht oder den Angehörigen mitgeteilt wurden.

Der Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung erklärte, dass der gemeldete Tod von 72 Kindern in Papua an vermeidbaren Krankheiten und Unterernährung ein Versäumnis der Regierung sei, ihrer Verpflichtung nachzukommen, das Recht auf Nahrung, insbesondere für Kinder und gefährdete Bevölkerungsgruppen, zu erfüllen.

Der Sonderberichterstatter für das Recht auf Gesundheit stellte fest, dass die Wahrscheinlichkeit, an HIV/AIDS zu erkranken, unter den ethnischen Papuas doppelt so hoch sei wie in der übrigen Bevölkerung und dass die HIV-Infektionsrate in Papua ansteige.

Indonesien hat nun bis zur 52. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates Zeit, um zu den Empfehlungen Stellung zu nehmen.

Info: In einem UPR-Verfahren wird ca. alle vier bis fünf Jahre die Menschenrechtssituation in jedem UN-Mitgliedstaat überprüft. Hier kommt es vor allem darauf an, zu untersuchen, ob der Staat die notwendigen Schritte unternimmt, um Menschenrechte nicht nur auf dem Papier zu fördern, sondern diese auch im Alltag tatsächlich für alle zu schützen.

Neben einem Bericht des Staates selbst gibt es auch zusammenfassende Infos der Vereinten Nationen über die Menschenrechtssituation. Auch die Zivilgesellschaft hat die Gelegenheit, vorab Berichte zu der Menschenrechtssituation im jeweiligen Staat einzureichen. Die anderen UN-Mitgliedsstaaten können Fragen stellen und Empfehlungen abgeben, um den Schutz der Menschenrechte umzusetzen. Durch Annahme dieser Empfehlungen verpflichten sich die betroffenen Regierungen dazu, die angesprochenen Punkte zu verbessern und den Schutz der Menschenrechte umfangreicher umzusetzen. An diesen Zusagen werden sie dann zukünftig gemessen. (www.westpapua-netz.de online 15.11.22, www.ohchr.org/en/hrbodies/upr/upr-main, www.ohchr.org/en/countries/indonesia)

Strafgesetzbuch schränkt Menschenrechte ein

Indonesien: Am 6. Dezember 2022 verabschiedete das indonesische Repräsentantenhaus ein neues Strafgesetzbuch, eine Überarbeitung des seit 1908 weitgehend unveränderten Gesetzes aus der niederländischen Kolonialzeit.

Das neue Gesetzbuch nimmt Artikel wieder auf, die Beleidigungen des Präsidenten und des Vizepräsidenten - die das Verfassungsgericht schon 2006 für ungültig erklärt hatte - sowohl direkt als auch auf audiovisuellem oder digitalem Weg verbieten und mit bis zu 3,5 Jahren bzw. 4,5 Jahren Gefängnis bestrafen. Das Gesetz verbietet auch nicht genehmigte öffentliche Demonstrationen, die als Störung der

öffentlichen Ordnung gelten.

Nach dem neuen Gesetz wird außerehelicher Geschlechtsverkehr mit einem Jahr Gefängnis und außereheliches Zusammenleben mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. Außerdem wird die Förderung der Empfängnisverhütung unter Strafe gestellt, während die Abtreibung weiterhin als Straftat gilt.

Als Reaktion auf die Verabschiedung dieses weitreichenden Strafgesetzbuches durch das indonesische Repräsentantenhaus sagte Usman Hamid, Exekutivdirektor der internationalen Menschenrechtsorganisation *Amnesty International* *Indonesien*: *„Was wir hier erleben, ist ein bedeutender Schlag gegen die hart erkämpften Fortschritte Indonesiens beim Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten in mehr als zwei Jahrzehnten. Die Tatsache, dass sich die indonesische Regierung und das Repräsentantenhaus auf die Verabschiedung eines Strafgesetzes geeinigt haben, das viele Menschenrechte aushebelt, ist entsetzlich. Das neue Strafgesetzbuch gibt den Machthabern praktisch die Befugnis, Meinungen, die ihnen nicht gefallen, durch selektive Durchsetzung zu unterdrücken. Dies kann ein Klima der Angst zementieren, das friedliche Kritik und Versammlungsfreiheit unterdrückt“*, beklagte Hamid.

Er äußerte sich entsetzt über die Überwachung der Privat- und Intimsphäre der indonesischen Bürger*innen. *„Das Verbot von Sex außerhalb der Ehe ist ein Verstoß gegen das Recht auf Privatsphäre, das durch internationales Recht geschützt ist. Solche 'Moral'-Bestimmungen könnten sogar dazu missbraucht werden, Opfer von sexuellen Übergriffen zu kriminalisieren oder Mitglieder der LGBTI-Gemeinschaft ins Visier zu nehmen. Einvernehmliche sexuelle Beziehungen sollten nicht als Straftat oder als Verstoß gegen die 'Moral' behandelt werden“*, meinte der prominente Aktivist. (*Pressemittteilung Amnesty International* 06.12.22)

Indonesiens indigene Völker fordern Schutz ihrer Rechte ein

Westpapua/Indonesien: Die Generalsekretärin der Allianz der indigenen Völker des Archipels (*Aliansi Masyarakat Adat Nusantara*, AMAN), Rukka Sombolinggi, hat alle indigenen Völker des indonesischen Archipels aufgerufen, sich zu erheben und sich gegen alle Formen von Gewalt und Ungerechtigkeit im Land zu vereinen. Sombolinggi sagte dies in ihrer Rede zur Eröffnung des sechsten Kongresses der indigenen Völker des Archipels (*KMAN VI*) in Sentani (Westpapua) am Montag, den 24. Oktober 2022.

Die Eröffnungszeremonie fand im Barnabas-Youwe-Stadion statt und wurde von Tausenden von indigenen Völkern aus verschiedenen Regionen Indonesiens besucht. Sombolinggi forderte die indigenen Völker des Archipels auf, ihre Solidarität untereinander weiter zu stärken. Ihrer Meinung nach haben die indigenen Völker ihren Beitrag für Indonesien bereits geleistet. Sie sagte, dass 80 % der weltweiten biologischen Vielfalt derzeit von indigenen Völkern bewahrt werde. Jetzt, wo die Welt eine Klimakrise erlebe, liege die Antwort in den indigenen Territorien. *„Die beste Investition, wenn die Welt aus der Klimakatastrophe herauskommen will, ist derzeit der Schutz der Rechte indigener Völker. Nicht in Investitionen in Bergbau oder Palmöl“*, schlug sie vor.

Nach Ansicht von Sombolinggi sollten sich die indigenen Völker nicht mit dem Erreichten zufriedengeben, denn der Weg sei noch lang. *„Unser Kampf ist noch lang, und es hängt alles von uns ab“*, sagte sie. Sie ergänzte, dass es Indonesien gut gehen werde, wenn der Staat sich ernsthaft um die indigenen Völker kümmere, einschließlich der Anerkennung und des Schutzes der indigenen Völker durch das Gesetz über indigene Völker. *„Jetzt ist es an der Zeit, dass die Regierung das Gesetz für indigene Völker verabschiedet. Andernfalls wird es rostig und die Schrauben werden sich lösen“*, sagte sie.

Sombolinggi bedauerte, dass Indonesien noch viele politische Probleme habe: *„Wir müssen sicherstellen, dass die Gewalt gegen indigene Völker sofort aufhört und sich nicht wiederholt“*, sagte sie.

Der *Papua Customary Council* (DAP) hat in einem der Workshops während des Kongresses der indigenen Völker des Archipels in Enggros Village, Jayapura City, eine Reihe von wichtigen Punkten empfohlen. *„Diese Empfehlungen zielen darauf ab, die indigenen Völker in Papua zu verteidigen“*, sagte DAP-Generalsekretär Leonardo Imbiri am 25. Oktober 2022.

Die erste Empfehlung des DAP ist, dass die politischen Parteien in Papua einen Platz für indigene Papua vorsehen sollen, um für das Amt des Regenten und des Bürgermeistermeisters kandidieren zu können.

Die zweite Empfehlung sei die Einführung regionaler Regelungen, die Landverkäufe verbieten. Er sagte, dass es auch eine Versöhnungszeremonie für indigene Völker geben müsse.

„Unsere letzte Empfehlung ist die Notwendigkeit von Transparenz und Wahrhaftigkeit aller Informationen für uns indigene Völker, bevor wir unsere Zustimmung zu verschiedenen Angelegenheiten einholen“, forderte er.

Diese Empfehlungen seien sehr wichtig, um die indigenen Völker bei der Ausübung ihrer Rechte auf ihrem eigenen Land zu unterstützen und daher wesentlich für den Fortschritt und die Nachhaltigkeit der indigenen Völker. *„Durch diesen Kongress bauen wir indigene Völker in Papua auf (...). Denn die Bevölkerung der indigenen Papuas nimmt weiter ab“*, sagte Imbiri. (Westpapua-Netzwerk online 27.10.22, www.aman.or.id)

Neue Provinzen

Westpapua: Im Herbst 2022 wurden aus den bisherigen zwei Provinzen in Westpapua (Provinz Papua und Provinz Papua Barat) insgesamt fünf Provinzen, d.h. die Provinz Papua wurde in drei neue Provinzen aufgeteilt.

Insgesamt macht die „alte“ Provinz Papua nun folgende Provinzen aus:

1. Provinz Papua (der nördliche Teil um Jayapura und westlich davon)
2. Provinz Zentral-Papua (idn. Papua Tengah)
3. Provinz Hochland-Papua (idn. Papua Pegunungan)
4. Provinz Süd-Papua (idn. Papua Selatan)

Die „alte“ Provinz Papua Barat besteht aktuell noch so wie früher. In der indonesischen Tageszeitung *„Jakarta Post“* vom 18. November 2022 war zu lesen, dass auch diese Provinz neu aufgeteilt werden soll. Sollte das so passieren, würde noch eine sechste hinzukommen. Dazu fanden sich bis dato jedoch keine weiteren Informationen. (E-Mail Barbara Hillebrand, Westpapua-Netzwerk 29.11.22)

AUSTRALIEN

Queensland ernannt Handelsbeauftragten für den Pazifik

Die lokale Regierung des australischen Bundesstaates Queensland wird über das *Ministerium für Internationalen Handel und Investitionen* (Ministry of Treasurer and International Trade and Investment) bis zum kommenden Jahr einen Handelsbeauftragten für den Pazifikraum (*Commissioner for the Pacific*) ernennen. Dies ist Teil der Bemühungen der Regierung von Queensland, den Handel und die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Papua-Neuguinea (PNG) und dem nördlichsten australischen Bundesstaat Queensland zu stärken.

Der Schatzmeister von Queensland und Minister für Handel und Investitionen, Cameron Dick, machte diese Ankündigung während seiner offiziellen Reise nach Papua-Neuguinea Mitte November des Jahres. Dick erklärte, die Einrichtung des Büros eines Handelsbeauftragten in Papua-Neuguinea sei Teil der neuen australischen

Handelsinvestitionsstrategie für den pazifischen Raum. *„Im Rahmen dieser Strategie möchten wir einen Manager für Geschäftsentwicklung in PNG stationieren, der die Beziehungen zwischen PNG und Queensland unterstützen und stärken soll“*, sagte er. *„Dies ist Teil der 150 Millionen AU\$ umfassenden Handelsstrategie, die auf 10 Jahre angelegt ist. Als Teil davon werden wir etwa 4,5 Millionen Dollar in den Pazifik investieren, weil der Pazifik für Queensland so wertvoll und wichtig ist“*, erklärte der Handelsminister weiter.

Dick ergänzte, dass in den Haushaltsjahren 2021 und 2022 Queensland Waren im Wert von etwa einer Milliarde AUS-Dollar in die Pazifikregion exportiert habe. Rund 80 % dieser Summe sei allein in PNG investiert worden, fügte Dick hinzu.

Neben den Investitionen im wirtschaftlichen Bereich plane Queensland auch neue Investitionen im Bereich Sport und Kultur in PNG, sagte Dick. (Post-Courier 15.11.22)

Steuerabkommen mit Island

Am 12. Oktober 2022 haben Australien und Island ein Steuerabkommen unterzeichnet.

Mit dem neuen Steuerabkommen werden steuerliche Hindernisse für den bilateralen Handel und Investitionen abgebaut. Das Steuerabkommen mildert insbesondere die Doppelbesteuerung durch die Senkung der Quellensteuersätze (auf grenzüberschreitende Zins-, Dividenden- und Lizenzgebührenzahlungen) und enthält auch Empfehlungen der OECD/G20 zur Bekämpfung der internationalen Steuervermeidung.

Das Steuerabkommen zwischen Australien und Island wird in Kraft treten, sobald beide Länder ihre innerstaatlichen Anforderungen erfüllt haben, um das neue Steuerabkommen in Kraft zu setzen, einschließlich der Änderung des australischen Rechts.

Die Regierung hat einen Gesetzesentwurf zur Umsetzung des neuen Abkommens veröffentlicht.

Der Gesetzesentwurf und die dazugehörige Begründung enthalten auch kleinere technische Änderungen an den Anmerkungen des *International Tax Agreements Act* von 1953.

(<https://treasury.gov.au/consultation/c2022-343821>)

Hunde sind Problem für Postboten

Etwa 1.000 Mitarbeitende der australischen Post (*Australia Post*) wurden in den letzten fünf Monaten von Haushunden angegriffen, wie der staatliche Postdienst mitteilte. Er meldete 986 Vorfälle für diesen Zeitraum, verglichen mit 1.587 Vorfällen im gesamten Haushaltsjahr 2021/22.

Laut *Australia Post* gibt es in ganz Australien durchschnittlich sieben Hundeangriffe pro Tag. Die Bundesstaaten New South Wales und Queensland weisen dabei die höchste Rate an Hundeangriffen auf.

Die Tierschutzorganisation „*Royal Society for the Prevention of Cruelty to Animals*“ (RSPCA) erklärte, dass es in der Verantwortung der Hunde-Besitzer*innen liegt, die Sicherheit der Post-Mitarbeitenden zu gewährleisten, indem sie ihre Haustiere sicherten und den Brief- und Paketzustellenden eine sichere Ablagemöglichkeit anböten.

Susan Davies, *Executive General Manager of People and Culture* der RSPCA, erklärte, dass die Zahl der Vorfälle mit Hunden zunehme und die Arbeiter immer schwerere Verletzungen erlitten. „*Seit Juli dieses Jahres haben wir einen Anstieg von 55 Prozent bei Hundeangriffen zu verzeichnen*“, sagte Davies. „*Wir hatten Postboten, die eine Reihe von Verletzungen erlitten haben, darunter Einstichwunden, Risswunden, Kratzer und Bisse*“, so Davies weiter.

Anfang dieses Monats starb der bei dem Energielieferanten *Energex* angestellte 42-jährige Zählerableser Kane Minion, nachdem er in Logan, südlich von Brisbane, von zwei Hunden zu Tode gebissen worden war. (*ABC Australia News* 12.12.22)

Höhere Lebenserwartung

Dank der frühzeitigen Eindämmung von Covid-19 ist die Lebenserwartung in Australien von Platz sechs im letzten Jahr auf Platz drei in der Welt gestiegen.

Ein Mädchen, das heute in Australien geboren wird, wird voraussichtlich 85,4 Jahre alt, ein Junge 81,3 Jahre. Dies geht aus den neuesten Zahlen des *Australian Bureau of Statistics* (ABS) hervor, die auf Daten für den Zeitraum von 2019 bis 2021 beruhen.

Damit liegt Australien auf dem dritten Platz hinter Monaco und Japan, die eine Lebenserwartung von 85,9 bzw. 84,8 Jahren haben.

Australien ist auf der Rangliste nach oben geklettert, weil es eines der wenigen Länder ist, in denen die Lebenserwartung während der Pandemie gestiegen ist, so ein Sprecher des ABS gegenüber des Wissenschaftsportals *New Scientist*. In den meisten anderen Ländern, darunter das Vereinigte Königreich und die USA, ist die Lebenserwartung während der Pandemie deutlich gesunken.

Die Lebenserwartung der Australier*innen hat sich seit 2019 um 0,4 Jahre erhöht, während die weltweite Lebenserwartung im gleichen Zeitraum aufgrund der Auswirkungen von Covid-19 von 72,8 auf 71,0 Jahre gesunken ist.

Die Zahl der Covid-19-Todesfälle in Australien war relativ gering - im Pro-Kopf-Vergleich etwa ein Fünftel der Todesfälle in Großbritannien und den USA -, weil die Regierung im März 2020 die Grenzen des Landes geschlossen und strenge Abriegelungen eingeführt hatte, um das Coronavirus einzudämmen, erklärte Timothy Adair von der Universität in Melbourne.

Diese Isolierung habe auch die Zahl der Todesfälle durch Grippe und andere Viren verringert, die Reisende normalerweise aus Übersee mitbringen, so Adair. (*New Scientist* 14.11.22)

Antike Steinwerkzeuge entdeckt

Norfolkinsel: Australische Archäolog*innen haben auf der Norfolkinsel antike Steinwerkzeuge entdeckt.

Auf der Norfolkinsel, 1.700 km nordöstlich der australischen Stadt Sydney, haben Wissenschaftler*innen des Australischen Museums und der Universität von Sydney zusammen mit einem lokalen Ausgrabungsteam im Oktober des Jahres einen Fund von internationaler Bedeutung gemacht. Sie fanden zwei Axtähnliche Werkzeuge aus Basaltgestein, die vermutlich von polynesischen Seefahrern vor Hunderten von Jahren hergestellt wurden.

Dies ist erst der zweite Fund alter polynesischer Aktivitäten auf der Norfolkinsel. Mitte der 1990er Jahre gab es am gegenüberliegenden Ende der Insel eine Ausgrabung unter der Leitung von Professor Atholl Anderson von der *Australian National University*. „*Damals fanden sie ein Gebäude und auch eine religiöse Struktur unten in der Emily Bay, die zum Weltkulturerbe von Norfolk gehört*“, erklärte die Archäologin Dr. Amy Way und fügte hinzu, dass Archäologen seitdem nach einer weiteren Stätte auf der Insel gesucht hätten.

Nach einem Hinweis einer Archäologie-Studentin von der Norfolkinsel habe man nun die beiden Basaltäxte entdeckt, die vermutlich von den polynesischen Seefahrern zum Kanubau verwendet worden seien.

An der Ausgrabungsstätte wurden auch Holzkohleflöckchen gefunden und zur Kohlenstoffdatierung gesammelt, um das ungefähre Alter der neuen Fundstelle zu bestimmen.

„*Die hier hergestellten Werkzeuge wurden zum Schärfen an den Strand gebracht, möglicherweise zur Emily Bay, denn das ist der einzige Ort auf der Insel, an dem es Sandstein gibt, und man braucht Wasser und Sandstein, um Basalt zu schärfen*“, erklärte Dr. Way. (*Australian Geographic* 29.10.22)

SPORT

[Alle Nachrichten in dieser Rubrik von Rebecca Frosch, Teamassistentin im Referat PPO bei Mission EineWelt.]

Extremschwimmer will rund um Hawai'i schwimmen

Deutschland: Der 50-jährige Paderborner Extremschwimmer André Wiersig (Spitzname „The man of the Ocean“) will als nächstes schwimmend Big Island (Hawai'i) umrunden.

André Wiersig (geb. 20. Mai 1972 in Bochum) hat bereits die *Ocean's Seven* schwimmend bewältigt, die sieben wichtigsten Meerengen der Welt: Die Cook Strait (Neuseeland), die Tsugaru Strait (Japan), die Straße von Gibraltar, den North Channel (Nordirland und Schottland), den englischen Kanal, den Catalina Channel (USA) und den Kaiwai Channel (Hawai'i). Für die *Oceans' Seven* gelten strenge Regeln: Erlaubt sind nur eine Badehose, eine Badekappe und eine Schwimmbrille. Für die *Ocean's Seven* hat Wiersig insgesamt sechs Jahre benötigt.

Im vergangenen August schwamm er als erster Mensch überhaupt durch die kalten Fluten der Nordsee von St. Peter Ording nach Helgoland. Für die rund 50 Kilometer benötigte er etwas mehr als 18 Stunden.

Der dreifache Familienvater beschreibt seine extremen Herausforderungen als selbstbestimmte Ziele, die er durch eigens entwickelte Methodiken trotz Job und Familie erreicht. Wiersig ist als Sprecher und Motivations-Trainer unter anderem für Firmen, Schulen und Universitäten tätig. Auch unterstützt er durch Spenden das Programm „Ich kann schwimmen!“ des *Ersten Paderborner Schwimmvereins von 1911 e.V.*, das es Kleinkindern ermöglicht, das Seepferdchen-Abzeichen zu machen und schwimmen zu lernen.

Info: Die *Ocean's Sevens* waren vom US-Amerikaner Steven Munatones im Jahr 2009 in Anlehnung an die Seven Summits als Wettbewerb aus der Taufe gehoben worden. Mit der Durchquerung der 14,4 km breiten Straße von Gibraltar am 9. Juni 2019 hatte Wiersig erfolgreich als sechzehnter Mensch überhaupt und als erster Deutscher erfolgreich die *Ocean's Seven* absolviert.

André Wiersig ist offizieller Botschafter der Deutschen Meeresstiftung sowie ehrenamtlich tätiger Botschafter der Ozeandekade der Vereinten Nationen. (Artikel von Julia Ratzmann. www.andre-wiersig.com, Wikipedia)

Hoki Mai Challenge: 500 km Rudern

Rapa Nui: Am 3. Dezember begann in Rapa Nui (Osterinsel) die „Hoki Mai Challenge“. Die Veranstaltung besteht aus einer rund 500 Kilometer langen Kanufahrt über den offenen Pazifik, bei der neun Rapanuis, zwei Chilenen und ein Hawaiianer versuchen, das Bewusstsein für die Bedeutung der Frauen in der Welt zu schärfen, zum Umweltschutz aufzurufen und die Vereinigung der polynesischen Inseln zu feiern. Die 12 Athlet*innen haben seit Mitte September sechs Tage pro Woche trainiert, um sich auf die Überfahrt vorzubereiten, die sie von Rapa Nui nach Motu Motiro Hiva, einer anderen Insel im mittleren Pazifik, die ebenfalls zu Chile gehört, führen wird.

„Es wird nicht einfach sein“, sagte Gilles Bordes, Koordinator von Hoki Mai. „Drei Tage und drei Nächte werden wir auf hoher See sein.“

Hintergrund: Die *Hoki Mai Challenge* verfolgt drei Ziele. Das erste Ziel ist die Ehrung des Kanusports in Polynesien, der dort seit Jahrhunderten praktiziert wird.

Das zweite Ziel bezieht sich auf die Umwelt. Motu Motiro Hiva - auch Salas y Gómez genannt - ist eine unbewohnte Insel, aber ihr Land und die umliegenden Gewässer sind von der Plastikmüllverschmutzung betroffen.

Der dritte Zweck betrifft die Gleichstellung der Geschlechter. Das Team wird eine kleine weibliche

Moai - eine der antiken Statuen, für die die Osterinsel berühmt ist - mitnehmen, um das Bewusstsein für die Bedeutung der Frauen in der Welt zu schärfen. Eine größere Statue - von einem lokalen Kunsthandwerker extra für die *Hoki Mai Challenge* geschnitzt - wird im März 2023 nach Motu Motiro Hiva gebracht.

Während der Reise wird in Staffeln gerudert: Gruppen von sechs Personen rudern etwa vier Stunden lang und werden dann von der nächsten Schicht abgelöst. Diejenigen, die sich ausruhen müssen, werden dies auf einem Schiff der chilenischen Marine tun, das das Kanu begleitet.

(www.dailysabah.com/life/travel/hoki-mai-challenge-activists-start-500-km-canoe-voyage-in-pacific)

Fahnenträgerin bei den Commonwealth Games

Großbritannien: Papua-Neuguinea nahm vom 28. Juli bis 8. August 2022 an den *Commonwealth Games 2022* in Birmingham (England) teil. Es war das fünfzehnte Mal, das Papua-Neuguinea an diesen Sportwettkämpfen unter den Ländern des britischen Commonwealth teilnahm.

Der Boxer John Ume (Jahrgang 1996) und die 29-jährige Leichtathletin Rellie Kaputin waren die beiden Fahnenträger des Landes bei der Eröffnungsfeier im Alexander-Stadion. „Durch mein Engagement und meine harte Arbeit denke ich, dass ich das verdient habe“, sagte Kaputin. „Ich bin wirklich stolz darauf, die Flagge meines Landes zu tragen.“ (www.abc.net.au/news/2022-07-28/sport-birmingham-commonwealth-games-png-flag-bearer/101272870)

Spieler unterstützen Trainer nach erfolgreicher Fußball-WM

Australien: Die Fußballspieler haben den Trainer der australischen Fußball-Nationalmannschaft Graham Arnold nach der guten Leistung der *Socceroos* bei der Weltmeisterschaft in Katar im November und Dezember 2022 in seinem

Amt bestätigt. Australien gewann zum ersten Mal bei einer WM-Endrunde zwei Spiele, bevor es im Achtelfinale gegen Argentinien ausschied.

„Für uns wäre es großartig, wenn wir ihn weiterhin bei uns haben könnten,“ hieß es seitens der Spieler. Während der Verband *Football Australia* Trainer Arnold nach dem letzten WM-Spiel zwar gratulierte, hat sich der Verband bisher jedoch nicht öffentlich zur Trainerfrage geäußert und erklärt, er werde eine gründliche Überprüfung der Weltmeisterschaft vornehmen.

Verteidiger Harry Souttar sagte, dass der Mann, der in Australien einfach „Arnie“ genannt wird, ein ausgezeichnetes Verhältnis zu den Spielern habe. „Ich denke, das größte Kompliment, das ich ihm machen kann, ist, dass ich glaube, dass jeder der Jungs für ihn durch eine Mauer rennen würde - er ist diese Art von Manager“, sagte der in Schottland geborene Innenverteidiger. „Ich glaube, er ist der beste Trainer, unter dem ich je gearbeitet habe. Er versteht die Spieler seines Teams einfach besonders gut.“ (www.reuters.com/lifestyle/sports/australia-players-back-coach-arnold-continue-after-best-world-cup-2022-12-06/)

Männer-Ironman 2023 nicht auf Hawai'i

Hawai'i: Im kommenden Jahr wird der Triathlon *VinFast Ironman World Championships* der Männer nicht mehr auf der Hauptinsel Hawai'i stattfinden. Die Enttäuschung über diese Entscheidung ist unter Aktiven und Funktionären groß. Der Veranstalter des Ironmans selbst hat den Ortswechsel bereits bestätigt, jedoch noch nicht bekanntgegeben, wann und wo das weltweit bekannte Sportereignis für die Männer im Jahr 2023 stattfinden soll. Als neuer Austragungsort wird das französische Nizza als Top-Favorit gehandelt.

Am 14. Oktober 2023 wird es auf Kona deshalb nur den Ironman der Frauen geben. Im Jahr 2024 sollen dann die Frauen den Ort wechseln und die Männer wieder auf Hawai'i an den Start gehen. (*Hawai'i News* 30.11.22)

„TOK BILONG PASIFIK“

Jubiläum: Fünf Jahre „Homo-Ehe“

Australien: Am 9. Dezember 2017 hat Australien sein Ehegesetz geändert und die gleichgeschlechtliche Ehe der heterosexuellen Ehe gleichgesetzt. In das Gesetz wurde folgende Definition einer Ehe mit aufgenommen: „the union of two people to the exclusion of all others, voluntarily entered into for life..“

Vorausgegangen war eine Bürgerbefragung. Etwa 60 % der Australier*innen stimmten für eine Reform der Ehe, während 38,4 % der Teilnehmenden an der postalischen Umfrage von 2017 gegen eine Änderung des Gesetzes waren. Fast 80 % der Wahlberechtigten in Australien nahmen an der Abstimmung teil.

Der fünfjährige Jahrestag der Legalisierung der so genannten „Homo-Ehe“ wurde von LGBTQ+-Aktivist*innen mit Paraden und Straßenpartys groß gefeiert.

In Australien wurden nach offiziellen Angaben seit der Gesetzesänderung fast 18.000 gleichgeschlechtliche Ehen geschlossen. (*East Asia News* 09.12.22)

Nichtraucher-Gefängnis

Australien: Organisationen wie der „*Australian Council on Smoking and Health*“ und der „*Cancer Council of Western Australia*“ haben die Ankündigung des Justizministeriums vom Oktober 2022 begrüßt, dass das *Bandyup Women's Prison* in West Swan (Perth, Western Australia) das erste rauchfreie Gefängnis im Bundesstaat Westaustralien werden soll, um die Gesundheit von Insassen, Besuchenden und Gefängnispersonal zu verbessern. Dazu startet jetzt ein Pilotprojekt unter den Insassinnen.

Bereits vor Beginn des rauchfreien Pilotprojekts hat das Bandyup-

Gefängnis Maßnahmen angeboten, indem Gefangene und Mitarbeiter*innen an Veranstaltungen, Selbsthilfegruppen, Bildungs- und Gesundheitsprogrammen sowie Freizeitaktivitäten teilnehmen konnten, um sich vom Rauchen abzulenken.

Für die nächsten 30 Tage steht dem Personal und den Gefangenen eine kostenlose Nikotinersatztherapie zur Verfügung, um ihnen den Übergang zu erleichtern.

Info: Das australische Justizministerium hat sich verpflichtet, das Rauchen in allen Haftanstalten landesweit abzuschaffen. Bis dato sind die Bundesstaaten *Western Australia* und das *Australia Capital Territory* die einzigen Länder, in denen das Rauchen in Gefängnissen noch erlaubt ist.

Ein Bericht des „*Office of the Inspector of Custodial Services*“ (Büro des Inspektors für den Strafvollzug) hat ergeben, dass im Jahr 2020 10,1 Millionen AUS-Dollar für Tabakprodukte in Gefängnissen ausgegeben wurden. (www.wa.gov.au/ 31.10.22, *The Lancet* 08.12.22)

Seltener Vogel entdeckt

Hawai'i: Einen Monat vor dem Vulkanausbruch des *Mauna Loa* vom 27. November wurde der gefährdete Seevogel akē'akē mit einer Kamera beobachtet, als er aus seinem Nest am Vulkan *Mauna Loa* schlüpfte. Es ist das erste bestätigte 'akē'akē-Nest, das im *Hawai'i Volcanoes National Park* gefunden wurde.

Bereits im Jahr 2019 wurden Rufe aus einer Höhle aufgenommen, die auf einen Nestbau hindeuteten. Nester von 'akē'akē-Vögeln sind laut Forschern extrem schwer zu finden, da die Vögel nicht viele Spuren hinterlassen. Doch als jetzt ein Spürhund hinzugezogen wurde, konnte er das 'akē'akē-Nest und drei weitere Nester innerhalb von zwei Tagen auffindig machen.

Akē'akē, auch bekannt als Bändersturmschwalbe (*Oceanodroma castro*), sind klein und asch-

schwarz mit einem breiten weißen Band auf ihrem kantigen Schwanz. Sie nisten auf isolierten Inseln, verbringen aber den Rest ihres Lebens auf dem Meer. Die weltweite Population wird auf etwa 150.000 Individuen geschätzt, wobei etwa 240 Paare auf Hawai'i bekannt sind.

Dank eines Teams aus Spürhunden von den *Hawai'i Detector Dogs* und Wissenschaftler*innen war bereits im September 2022 ein 'akē'akē-Horst auf dem Truppenübungsplatz Pōhakuloa der US-Armee entdeckt worden. Die Nester auf dem Militärgelände und im *Hawai'i Volcanoes National Park* sind bis dato die einzigen dokumentierten 'akē'akē-Nester auf Hawai'i.

(www.nps.gov/havo/learn/news/20221206_nraakeake-burrow-detected.htm 06.12.22)

Maori beantragen „Dark Sky Nation“

Neuseeland: Die Māori, möchten aus Neuseeland die weltweit zweite „Dark Sky Nation“ machen und haben dazu eine Initiative zur Verringerung der Lichtverschmutzung auf der Nord- und Südsinsel ins Leben gerufen.

Der dunkle Himmel hat eine besondere Bedeutung für das Volk der Māori, die sich zum Beispiel nach dem Maramataka (Mondkalender) richten, um die besten Zeiten und Jahreszeiten zum Pflanzen, Ernten, Fischen und Jagen zu bestimmen.

Info: Laut der *International Dark Sky Association* (IDA) ist ein „dark sky“ (dunkler Himmel/Ort) definiert als ein Land, das eine außergewöhnliche Qualität an sternenklaren Nächten und eine nächtliche Umgebung besitzt, die speziell für ihr wissenschaftliches, erzieherisches oder kulturelles Erbe und zur Freude der Öffentlichkeit geschützt werden sollte.

Laut der IDA gibt es weltweit nur 115 Dark-Sky-Parks, 16 Schutzgebiete und 20 Reservate für den dunklen Himmel, u.a. die Insel Pitcairn. Niue ist der einzige Staat weltweit, der im Jahre 2020 als

„Dark Sky Nation“ zertifiziert wurde. (*Travel News New Zealand* 14.11.22, www.darksky.org)

TikTok-Star aus Majuro

Marshall-Inseln: Mit rund 70 Millionen „Likes“ ist der Song „Juon Ruo Jilu“ des Marshalliesen Ricardo Kejon einer der erfolgreichsten Songs der letzten beiden Jahre auf der Videoplattform TikTok. Im Februar 2020 hatte Kejon seinen Song als Reminiszenz an den Day-O-Song von Harry Belafonte auf der Plattform hochgeladen. Der Song ging viral und es entstand sogar ein Wettbewerb um neue Cover-Songs des Belafonte-Hits „The Banana Boat Song“ unter dem Hashtag „#Day-OBananaBoat“.

Ricardo Kejon, besser bekannt unter seinem TikTok-Namen „Goonie Jibs“, erklärte, er freue sich über den Erfolg seines Lieds in den sozialen Medien.

Kejon ist gebürtig aus Majuro und wuchs in Delap auf. Später ging er in Hawai'i auf die High School. Dort stieg er mit einer eigenen Band ins Musik-Business ein. Mit dieser war er u.a. Gast in der Talenteshow „Micronesia Got Talent“ im Fernsehen.

Info: TikTok ist ein Videoportal für die Lippsynchronisation von Musikvideos und anderen kurzen Videoclips, das zusätzlich Funktionen eines sozialen Netzwerks anbietet und vom chinesischen Unternehmen ByteDance betrieben wird.

Gonnie Jibs Songs können auf dem Youtube-Kanal des Sängers und Songwriters angehört werden. (*Marshall Islands Journal* 11.11.22, *Wikipedia, TikTok*)

IM MEMORIAM

† Linguist Dr. Yves Lemaître

Frz.-Polynesien: Bereits am 19. Juli verstarb Yves Lemaître von der Tahitischen Akademie im Alter von 87 Jahren.

Der am 15. September 1935 in Saint Briec in der Bretagne (Frankreich) geborene Mathematiker entdeckte seine Leidenschaft für die Sprache „Reo Tahiti“ und forschte dazu über Jahrzehnte. 1972 verteidigte er seine Doktorarbeit zum Thema *„Phonologie des Tahitischen gefolgt von einem Lexikon des zeitgenössischen Tahitischen“* unter der Leitung von Professor André-Georges Haudricourt, einem Linguisten und Forschungsdirektor am Pariser *Centre national de la recherche scientifique* (CNRS).

Das *Office de la recherche scientifique et technique d'outre-mer* (ORSTOM) veröffentlichte ab 1973 das Lexikon des zeitgenössischen „Tahitien-français - français-tahitien“ von Yves Lemaître, in dem zum ersten Mal die Transkription von zwei spezifischen Merkmalen des phonologischen Systems der tahitischen Sprache erscheint: Der Glottalstopp und die Vokallänge, die heute unter den Bezeichnungen 'eta und tārava in Gebrauch sind.

Der französische Linguist hatte das phonologische System des Reo Tahiti dazu um einen zusätzlichen Konsonanten, das 'eta, und ein System von sogenannten verlängerten Vokalen erweitert, das ihre Anzahl auf zehn erhöhte. Nach seinen Forschungen bewirkte das Fehlen oder Vorhandensein dieser Lautmerkmale eine Bedeutungsveränderung in den Wörtern.

Am 2. Juli 1974 wurde Lemaître in die Tahitische Akademie aufgenommen, bevor er 1975 zum Leiter des ORSTOM-Zentrums in Pa-pe'ete (Tahiti) ernannt wurde.

(<https://www.presidence.pf/message-de-condoleance-suite-au-deces-dyves-lemaitre/>, *Tahiti Info* 20.07.22)

† Aktivist und Arzt Dr. Noa Emmett Aluli

Hawai'i: Der auf der Insel Oahu geborene Arzt Dr. Noa Emmett Aluli ist im Alter von 78 Jahren verstorben. Aluli (Jahrgang 1944) hatte seine Facharztausbildung auf Molokai absolviert, nachdem er 1975 als einer von nur fünf indigenen Studierenden an der *University of Hawaii - John A. Burns School of Medicine* seinen Abschluss in Medizin gemacht hatte.

Gemeinsam mit anderen Aktivisten setzte sich Aluli für die Rechte der indigenen Hawaiianer*innen ein und gründete zunächst „*Hui Ala-loa*“, eine Gruppe, die sich für den Zugang von Jägern und Fischern zu Land auf der Insel Molokai einsetzte. Der engagierte Arzt machte sich auch gegen die Bombardierung der Insel Kaho'olawe stark. Im Januar 1976 gehörte sein Schiff zu einer Flotte von Booten, die sich aufmachten, um die Insel aus Protest zu besetzen. Die meisten Schiffe wurden von der Küstenwache zurückgewiesen, doch Aluli und acht weitere Aktivisten (die so genannten „*Kahoolawe Nine*“) schafften es, auf die Insel zu gelangen und dort für einige Tage zu protestieren.

Später wurde er Gründungsmitglied der „*Protect Kaho'olawe 'O-hana*“, die 1980 eine Vereinbarung mit der US-amerikanischen Marine unterzeichnete, die eine Säuberung der Insel versprach. 1990 stellte der US-amerikanische Präsident George H.W. Bush die Bombardierung der Insel ein. 1993 beendete der Kongress die militärische Nutzung der Insel und genehmigte die Übergabe an den Staat.

Aluli half als Vorsitzender der „*Kahoolawe Island Reserve Commission*“, die Säuberung und Übergabe der Insel zu beaufsichtigen. Der Kampf für die Landrechte der Indigenen ging für Aluli weiter, sei es bei der Demonstration am Flughafen Hilo im Jahr 1978 oder bei der Mitbegründung des „*Pele Defense Fund*“ im Jahr 1985.

Aluli hat sich insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung

der indigenen Hawaiianer*innen engagiert. So unterhielt er eine private Arztpraxis, das *Moloka'i Family Health Center and Clinic*, in der eine große Zahl von Hawaiianer*innen behandelt wurde. Außerdem war er medizinischer Direktor des *Moloka'i General Hospital* und Kupuna-Präsident von 'Ahahui o na Kauka, der Vereinigung der Ärzt*innen der Indigenen Hawai'is.

Er war Mitbegründer von *Na Pu'u-wai*, dem Gesundheitssystem für die Hawaiianer*innen, das die Inseln Molokai und Lanai versorgt. Er war auch an der Ausarbeitung des „*Native Hawaiian Health Care Improvement Act*“ (Gesetz zur Verbesserung des Gesundheitswesens) beteiligt, das 1988 zur Förderung von Gesundheit und Krankheitsprävention unter den indigenen Hawaiianer*innen unterzeichnet wurde.

Ebenfalls war er Mitglied der „*Native Hawaiian Health Task Force*“ des 2. Kongressdistrikts und half dabei, die Prioritäten der Bundesgesetzgebung und die Politik zur Förderung der Gesundheitsversorgung der Hawaiianer*innen festzulegen.

Der US-Abgeordnete Kai Kahele (Bundesstaat Hawai'i) würdigte das Leben Alulis öffentlich im Plenarsaal des Kongresses und sprach den Angehörigen namens des hawaiianischen Volkes sein Beileid aus.

Aluli hinterlässt seine Lebenspartnerin Dr. Davianna McGregor sowie Kinder und Enkelkinder.

(www.staradvertiser.com/2022/12/02/hawaii-news/revered-hawaiian-activist-and-physician-aluli-remembered/,
www.jabsom.hawaii.edu/in-memoriam-dr-noa-emmett-aluli/)

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.

Evangelische Bank

IBAN: DE12520604100001011111

BIC: GENODEF1EIK1

Quellen:

ABC • Australien Info • Contemporary Pacific • Cook Islands News • Fiji Times • Loop Pacific • National • Neuseeland Info • Noovell • Pacific Islands Business • PNG Mine Watch • Pacific Beat • Pacific Daily News • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand International • Solomon Islands Broadcasting • Association • Tahiti Info • Wantok • Westpapua Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSTELLE
und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau

Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120

www.pazifik-infostelle.org

www.mission-einewelt.de